

Er scheint täglich außer Montags, Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Streichband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Einleger in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6709.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgeheften Beilagen oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Werktagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Feiertagen bis 3 Uhr Vormittags geöffnet.  
Korrespondenz: Amt 1. 4186.  
Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 8. Juli 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Arbeiterinnenschutz in der Schweiz.

Nachdem die Kantone Basel und Luzern mit Arbeiterinnenschutz-Gesetzen und Wirtschafsgesetzen, sowie der Kanton Glarus mit einem Gesetz zum Schutze aller nicht dem eidgenössischen Fabrikgesetz unterstehenden Arbeiterinnen vorangegangen sind, ist nunmehr auch der Kanton St. Gallen nachgefolgt. Am 18. Mai dieses Jahres hat der St. Gallische Große Rath (Landtag) ein Gesetz zu Ende beraten, das den Schutz der Arbeiterinnen und der Arbeit der Bediensteten der Ladengeschäfte und Wirtschafsten zum Zwecke hat und in den nächsten Wochen in Wirksamkeit treten wird. Das Gesetz findet Anwendung auf alle dem eidgenössischen Fabrikgesetz nicht unterstellten Geschäfte, in welchen mehr als 5 weibliche Personen gewerbsmäßig gegen Lohn arbeiten, ferner überhaupt auf alle Geschäfte, in welchen Lehrling oder Mädchen unter 18 Jahren als Arbeiterinnen verwendet werden. Gänzlich ausgenommen sind weibliche Personen, die als Bureau-Angestellte oder im landwirthschaftlichen Gewerbe beschäftigt sind.

Die Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit soll nicht mehr als 11 Stunden und an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen nicht mehr als 10 Stunden betragen. Diese Arbeitszeit muß in die Stunden von 6 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends verlegt werden. Um die Mitte der Arbeitszeit soll eine Pause von mindestens einer Stunde gemacht werden. Frauenspersonen, die ein Hauswesen zu besorgen haben, sind eine halbe Stunde vor der Mittagspause zu entlassen. Die Arbeit an Sonn- und Feiertagen ist untersagt.

Vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit kann auf begründetes Verlangen bis auf die Dauer von 14 Tagen vom Bezirksamt bewilligt werden. Gesuche um längere Fristen sind bei der Regierung zu stellen. Bewilligungen für einen Tag ertheilt in dringenden Fällen das Gemeinde-Amt. Die Verlängerung der Arbeitszeit darf per Tag höchstens 2 Stunden betragen und sich nicht über 10 Uhr Nachts hinaus erstrecken. Die Arbeiterinnen dürfen nur mit ihrer Zustimmung über die normale Arbeitszeit hinaus beschäftigt werden und sind hierfür besonders und entsprechend höher zu entschädigen. Die Bewilligung darf nicht ertheilt werden für Schwangere und für Mädchen unter 18 Jahren. Die Bewilligungen für Verlängerungen der Arbeitszeit sind im Arbeitslokale anzuschlagen.

Wöchnerinnen sind 6 Wochen lang von allen gewerbsmäßigen Arbeiten ausgeschlossen. Hochschwangeren Personen ist gestattet, jederzeit auf bloße Anmeldung hin die Arbeit einzustellen. Mädchen unter 14 Jahren dürfen zu gewerbsmäßiger Arbeit nicht verwendet werden. Mädchen unter 16 Jahren dürfen nicht mehr als 3 Stunden ununterbrochen an Trepmaschinen beschäftigt werden. Unterrichtsstunden sind in den Maximalarbeitsstag mit einzurechnen.

### Feuilleton.

Nachdruck verboten.

10

### Die Bekehrung André Savenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

„Ich verdiene diesen lebenswichtigen Vorwurf aber gar nicht,“ erwiderte André, indem er ihr auf englische Art kräftig die Hand schüttelte. „Ich bin noch nicht der letzte. Der Philanthrop ist ja noch nicht da.“

„Welcher Philanthrop?“  
„Es ist wahr, Sie können ja nicht wissen, wen ich meine. Sie speisen heute Abend mit dem berühmten Anatole Dufau zusammen, dem Mitglied der Akademie für Moralwissenschaft und Politik, Präsident der Gesellschaft für Hebung des Wohls der Familien und der öffentlichen Sittlichkeit, Präsident der Gesellschaft für Erbauung von billigen Arbeiterwohnungen, Präsident des Vereins gegen Verarmung und Bettel, Präsident von ich weiß nicht wieviel anderen Gesellschaften, Einrichtungen und Verwaltungen noch außerdem, die alle ebenso menschenfreundlich sind und ebenso ellenlange Namen haben. Freuen Sie sich doch! Sie werden in seiner Person eine ganze Akademie kennen lernen. Man achtet augenblicklich nicht auf uns. Wollen Sie, daß ich Ihnen diesen berühmten Mann porträtiere? Also, ein Gesicht, rund und rosig wie das eines sechzigjährigen Kindes, weißes, lang herabwallendes Haar, statliches Bäuchlein; fette, weiße Hände, wie man sie sonst gewöhnlich bei Bräuten findet,

Wo nicht durch schriftliche Uebereinkunft etwas anderes bestimmt wird, kann das Verhältnis zwischen dem Arbeitgeber und der Arbeiterin durch eine jedem Theil freistehende, mindestens vierzehn Tage vorher erklärte Kündigung aufgelöst werden und zwar jeweilen am Zahltag oder an einem Sonnabend. Auflösung auf kürzere Frist ist nur nach wichtigen Gründen zulässig.

Der Lohn ist mindestens alle vierzehn Tage baar auszubahlen. Bußen dürfen nur ausgesprochen werden, sofern sie in einer obrigkeitlich genehmigten Arbeitsordnung angedroht sind; sie sollen den vierten Theil des Tagelohnes der Gehilfen nicht übersteigen und sind im Interesse der Arbeiterinnen zu verwenden.

Die Arbeitsräume sollen hell, trocken, gut ventilirt sein, nach Bodenfläche und Kubikinhalt in einem richtigen Verhältnis zur Zahl der Arbeiterinnen stehen und durch die Ortsgesundheits-Kommission kontrollirt werden. In gleicher Weise soll, wo die Arbeiterinnen Naturalverpflegung erhalten, auch diese der Aufsicht unterstellt werden.

Betreffend das Lehrverhältnis schreibt das Gesetz den Abschluß des schriftlichen Lehrvertrages vor.

Je nach dem Umfang und der Natur des Geschäftes kann der Gewerbe-Inhaber zum Erlaß einer Arbeitsordnung angehalten werden. Die Arbeitsordnung ist den Arbeiterinnen zur Vernehmung vorzulegen und, mit der regierungsräthlichen Genehmigung versehen, an sichtbarer Stelle im Arbeitsraum anzuschlagen und jeder Arbeiterin bei ihrem Dienstantritt besonders zu behändigen.

Die Bediensteten in Laden- und Kundengeschäften können zu der Bedienung der Kunden in der offenen Geschäftszeit ohne Beschränkung verwendet werden, unter der Bedingung jedoch, daß ihnen eine ununterbrochene Nachtruhe von mindestens 10 Stunden gestattet wird. Inhaber von Geschäften, die am Sonntag geöffnet sind, haben ihren Angestellten die der Sonntagsarbeit entsprechende Zeit in der Woche freizugeben.

Die wesentlich für den Betrieb von Wirtschafsten und Gasthäusern angestellten Personen können, soweit es zur Bedienung der Gäste nöthig ist, Abends bis zur Polizeistunde und bei Feiernächten auch über dieselbe hinaus beschäftigt werden. Doch ist ihnen in allen Fällen eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden zu gestatten.

Sofern denselben der Sonntag aus Rücksichten auf den Betrieb nicht freigegeben werden kann, ist ihnen während der Woche ein halber Freitags zu gewähren. Mädchen unter 18 Jahren, die nicht zur Familie des Wirtschafstbesizers gehören, dürfen zur ständigen Bedienung nicht verwendet werden.

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes werden durch das Bezirksamt polizeilich mit Geldstrafe bis auf 300 Franken, im Wiederholungsfall dagegen gerichtlich mit Geldstrafe bis auf 500 Franken oder mit Gefängnis bis auf 3 Monate bestraft.

Im Kanton Glarus wurde voriges Jahr ein wesentlich weitergehendes Gesetz, das alle im Kleinergewerbe beschäftigten Arbeiter ohne Unterschied des Geschlechts und ohne Bedingung einer bestimmten Arbeiterzahl in einem Geschäft geschaffen, dessen Bestimmungen im übrigen für das neue St. Galler Gesetz vorbildlich war. Bemerkenswerth ist, daß alle diese Gesetze auf die Arbeiterin und die Sozialdemokratie zurückzuführen sind. Hoffentlich nimmt sich der Bund in den nächsten Jahren dieser wichtigen Materie an, so daß sie durch ein Gesetz erledigt werden kann und die Arbeiter nicht warten müssen, bis in mehreren Jahrzehnten diese Arbeiterschutzes-Gesetzgebung von den Kantonen geschaffen werden würde.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Juli.

Aus dem Reichstage. Vor vollbesetztem Hause erledigte der Reichstag zunächst die Anträge auf Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Abgeordneten Müller (Sagan), Schmidt (Frankfurt), Bueb und Metzger (Hamburg). Ohne Debatte beschloß das Haus im Sinne der Anträge.

Die daran anschließende Debatte über die Militärvorlage eröffnete der Reichskanzler.

Der Redner erklärte von vornherein, daß er Neues nicht zur Sache beibringen habe und der Reich wird dem Grafen Caprivi zugeben müssen, daß er sein Wort ehrlich gehalten hat. Auch nicht ein neuer Gedanke, ja nicht einmal eine neue Redewendung wurde während der ganzen Rede von dem leitenden Staatsmann zu Tage gefördert. Der Redner selbst mochte unter dem Einbrüche stehen, daß seine Rede für das Schicksal der Militärvorlage sehr gleichgültig sei, und so beschränkte er sich möglicher Kürze. Zweifellos das Beste, was von der neuesten rednerischen Leistung des Herrn Grafen zu sagen ist.

Erwähnenswerth ist, daß der Kanzler die Forderung der Freisinnigen Vereinigung auf gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit rundweg ablehnte. Ueber die Deckungsfrage wiederholte der Kanzler ein paar Nebensarten aus den konservativ-antifemilichigen Flugblättern. Speziell wurde den Herren Agrariern die Zusicherung gegeben, daß sie von den neuen Steuerlasten verschont bleiben sollen. Trotz dieser Verbeugung vor der antifemilichigen Rechten lagte der Chor der Landräthe mit seinem Beifall, so daß am Schlusse der Rede nur ganz vereinzelte Bravo's laut wurden.

Als erster Redner aus dem Hause erhielt der Volksparteiler Payer das Wort. Derselbe verstand es, eine halbe Stunde lang ganz interessant über die komischen Situationen zu sprechen, welche die Neuwahlen für die militärfreunden

„Nein! nein!“ unterbrach ihn Germaine erröthend. „Du bist ja heute ein ganz arger Spötter!“

„Pardon, Schwesterchen; ich vergaß, daß Du ihn unter Deine Flügel genommen hast. Uebrigens da kommen die Herren.“

Die üblichen Höflichkeiten wurden ausgetauscht. Während der Philanthrop, frisch und lächelnd wie immer, sich von den jungen Damen mit Beschlag belegen ließ, näherte sein Sohn sich Germaine, und er war glückselig, als er gewahrte, wie die Augen des jungen Mädchens aufleuchteten, als er sie begrüßte.

„Wir erwarten nur noch unsern Onkel Theodor,“ sagte Frau Savenay.

Onkel Theodor, der ältere Bruder von Frau Savenay, war ein alter, mürrischer, verträumter Junggeselle, der stets im Befehlshaberton sprach, ein sehr reizbarer Herr. Er hatte es mit vieler Mühe als Tuchhändler zu einem bescheidenen Wohlstand gebracht, verzieh es aber seinem jüngeren Bruder nie, daß er Millionär geworden war. Obgleich er niemals Soldat gewesen war, hätte man ihn doch nach seinem ganzen Gebahren, seiner Sprechweise, dem Schnitt seines Bartes für einen Offizier außer Dienst halten können. Weil er sich sein kleines Vermögen unter dem Kaiserreich erworben hatte, hörte er niemals auf, jene Zeit wie ein entschwendenes goldenes Zeitalter zu betrachten. Pietätvoll hatte er seine Ansichten, seine Art, sich zu kleiden, seine ganze Geschmacksrichtung so konservirt, wie sie in jener Zeit seiner Träume war. Er spielte sich gern als den praktischen, soliden Mann auf, der außer den Zahlen nichts anerkennt als die Macht. Man mochte ihn nicht eben gern in der Marillstraße, aber man empfing ihn trotzdem. Der Grund hiervon lag in der uralten Tradition, die sich in den geheimniß-

Parteien geschaffen haben, sonst aber waren seine Ausführungen nicht weit her. So verleugnete der Herr dasselbe Milizsystem, das die Gründer dieser Partei und das eigene Programm stets hoch gehalten haben.

Der Konervative Mantuffel sprach heute womöglich noch langweiliger, als es sonst seine Art ist. Interessant war nur die Art, wie von diesem Redner der Hoffnung Ausdruck gegeben wurde, daß die neuen Steuern im Reich von Herrn Miquel als Staatssekretär beim Reichs-Schatzamt eingeführt werden mögen. Diese rücksichtslose Preisgabe des jetzigen Reichs-Finanzsekretärs von Malhahn, des eigenen Parteigenossen des Redners, ist ebenso bezeichnend für die politischen Sitten bei den Konservativen, wie für die politische Entwicklung, welche der ehemalige Kommunist Miquel durchgemacht hat.

Ein lebendigeres Tempo gewannen die Verhandlungen, als unser Liebknecht das Wort erhielt. In trefflicher Weise zeichnete derselbe die schmähliche Art, mit der die Ordnungsparteien Mandate zu ergattern suchten. Der Redner beleuchtete auch die allgemeine politische Situation und wies nach, daß die Forderung mit dem Kriege nach zwei Fronten nichts als eitel Fiktion sei.

Wenn die Bourgeois- und Junkerparteien bereit seien, die Militärvorlage zu bewilligen, so geschehe dies nicht aus Furcht vor dem auswärtigen Feind, sondern aus Klasseninstinkt. Die Armee soll das rote Geispenit verschonen und außerdem dazu dienen, wohlbediente Stellen für die nachgeborenen Söhne der Junker zu schaffen.

Die Ausführungen Liebknechts riefen wiederholt stürmischen Widerspruch bei der Rechten hervor, während die Linke und speziell die Sozialdemokratie dem Redner lauten Beifall zollte.

Nach Liebknecht hielt Stumm seine alte Rede gegen unsere Partei.

Morgen sollen Dr. Lieber, Bennigsen und Richter sprechen.

Die reaktionären Parteien suchen die kurze Frist, die ihnen in der Sommer-session gesteckt ist, nach Kräften auszunutzen. Der sozialpolitische Gimpelgang hat begonnen, die Neze sind gestellt, und die Vogelsteller des Zentrums und der anderen konservativen Gruppen warten der Dinge, die da kommen sollen. Als Lockvogel des Vogelherdes dienen aufgeputzte Anträge, die das Handwerk, den Kleinbauern, den Krämer „retten“ und die Arbeiterfreundlichkeit der Reaktionäre beweisen sollen vor demselben Großkapital, dessen eifrigste und überzeugte Vertreter gerade die großbürgerlich-rückschrittlichen Parteien sind.

Als Erster auf dem Plane erscheint mit alten Baden-Hüttern das Zentrum. Es kommt mit einer ganzen Wagenladung von Anträgen, von denen es recht wohl weiß, daß sie in dieser Tagung überhaupt nicht verhandelt werden können, sondern klanglos, ohne auf die Tagesordnung zu kommen, verschwinden. Aber die wirkungslose „Blender“ sollen dem Kleinbürger und Bauern den Blick trüben und ihm die guten Absichten des Zentrums in hellem Lichte zeigen. Der erste Antrag fordert eine Abänderung des Alters- und Invaliditätsgesetzes insbesondere in bezug auf Ausdehnung und Organisation der Versicherung und spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die in Aussicht gestellte Novelle zu den Unfall-Versicherungsgesetzen in der nächsten Session vorlege. Bei den trüben Erfahrungen, die die Ultramontanen im diesmaligen Wahlkampf mit dem „Wappergesetz“ gemacht haben, versteht sich dieser Antrag.

Es folgt ein Antrag auf Abänderung der Gewerbe-Ordnung, der den Konsumvereinen und dem Hausgewerbe, diesem Schrecken der Künstler aller Art, zu Leibe geht. Es sollen die Bestimmungen über den Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft, sowie über den Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus auf Konsumvereine und andere verwandte Genossenschaften auch dann angewendet werden, wenn der Betrieb auf den Kreis der Mitglieder beschränkt ist. Eine Reihe langathmiger Paragraphen soll das Wander-Gewerbe kurzerhand erdrosseln.

Ein anderer Antrag enthält einen Gesehentwurf, der den Junungsheiligen Balsam auf die wunden Glieder streicht. Er fordert für eine ganze Reihe von Handwerkern (Barbiere und Bäcker, Drechsler und Feilen-

hauer, Kammmacher und Siebmacher, Sonnenschirmmacher und Seifensieder u. s. w. u. s. w.) die Einführung des Besahigungs-Nachweises, der bekanntlich in Oesterreich ein glänzendes Fiasko gemacht hat.

Doch diese Sonne, dem Junst-Balsam zum Spielen hingeworfen, genügt nicht. So erscheint denn noch ein Gesehentwurf, der die Konsumvereine liebt. Personen, die in Konsumvereinen als Verkäufer tätig sind, sollen danach mit Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft werden, wenn sie Waaren an Nichtmitglieder, entgegen dem § 8 Absatz 4 des Gesetzes über Erwerbs- u. Genossenschaften vom 1. Mai 1889, verkaufen.

Folgt ein Gesehentwurf betreffend die Abänderung der Konkursordnung, die eine Reihe von Strafverschärfungen fordert, und Änderungen des Verfahrens vorschlägt.

Der Gesehentwurf betreffend die eingetragenen Berufsvereine soll die Arbeiterorganisationen auf eine rechtlich günstigere Grundlage stellen. Wenn nur nicht das Zentrum der Vater des Arbeitertruges wäre. Im übrigen ist dieser Entwurf diskutabel.

Nach dem Zentrum die konservativen Junker! Sie haben als Antragsteller den bekannten Kenomirbauer Lutz von Heidenheim am Hahnenkamm vorgebracht und sie, die Bauernleger und Bauernfeinde, machen in „Bauernschutz“. Sie verlangen angedeutet der Futternoth, daß für Magervieh (Rindvieh und Schafe) weitgehende Frachtermäßigungen aus den Nothstandsgegenden in die anderen Gegenden des Reichs gewährt, und daß nach schleuniger amtlicher Ermittlung des Nothstands erforderlichen Falls Reichsmittel zur Abhilfe bereitgestellt werden. Aber haben denn die Bohn, von Hammerstein, die Bringen zu Pohlenlohe, die Mantuffel, die Limburg-Stirum vergessen, daß ihr Parteigenosse, der Landwirtschaftsminister von Heyden, unter dem stürmischen Beifall der konservativen Zoll- und Liebesgabenempfänger die Staatshilfe für Bauern „entsittlichend“ genannt hat!

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß in ihrer Sitzung vom 7. Juli, in den einzelnen Fachkommissionen sich durch folgende Abgeordnete vertreten zu lassen: In der Beschäftigungs-Kommission durch Singer und Bogthner, in der Petitionskommission durch Förster, Schmidt (Sachsen), Geier, Schmidt (Frankfurt), in der Budgetkommission durch Webel, Singer, Meißner, Ulrich, in der Reichstags-Baukommission durch Singer, in der Wahlprüfungs-Kommission durch Auer und Fischer.

Als Redner zu den einzelnen Anträgen, welche bisher aus dem Hause gestellt wurden, sind seitens der Fraktion bestimmt: Für die Anträge Lutz und Chui (Futternoth) Schippel und Schoenlank. Zugleich wurde beschlossen, zu dem Antrag Chui einen Unterantrag zu stellen, in dem die Aufhebung sämtlicher Lebensmittelzölle gefordert werden soll. Zum Antrag Nischbichler, Abänderung des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes betr., sind Bod und eventuell Grillenberger als Redner bestimmt, während zum Jesuitenantrag Bloß und Vollmar den Standpunkt der Partei vertreten sollen. Weiter wurde beschlossen die so viel Aufsehen erregende Ansprache des Polizeipräsidenten Feichter in Straßburg gegenüber der Reputation des Vereins Fedelta, zum Gegenstande einer Interpellation zu machen. Sie lautet:

Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage:

Sind dem Herrn Reichskanzler die Äußerungen bekannt geworden, welche nach den bis heute unabweisbar gebliebenen Berichten der Presse, der Polizeipräsident Feichter in Straßburg i. E. in amtlicher Eigenschaft gegen elsässisch-französische Staatsangehörige sich erlaubte?

Und was gedenkt der Herr Reichskanzler auf diesen Vorgang hin, falls er sich bewahrt, gegen den Polizeipräsidenten von Straßburg zu thun?

Berlin, den 7. Juli 1898. —

Der Antrag auf Abhilfe der Futternoth, den der Abg. Lutz und eine Anzahl konservativer Abgeordneter im Reichstag einbrachten, hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen: in Erwägung, daß die von den Regierungen der Einzelstaaten zum Theil bereits angeordneten, zum Theil in der Vorbereitung begriffenen Frachtermäßigungen für Futter- und Streumittel nicht genügen, dem

in vielen Bezirken Deutschlands durch die andauernde Dürre hervorgerufenen landwirthschaftlichen Nothstand abzuheben, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei den Regierungen der Einzelstaaten dahin wirken zu wollen:

1. daß möglichst weitgehende Frachtermäßigungen auch für Magervieh (Rindvieh und Schafe) aus den Nothstandsgegenden in die anderen Gegenden des Reichs gewährt werden;

2. daß — nachdem schleunigst der Umfang des Nothstands amtlich ermittelt ist — erforderlichen Falls Reichsmittel zur Abhilfe desselben bereit gestellt werden.“

Die Futternoth. Der preussische Landwirtschaftsminister von Heyden läßt in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung seine selbstgeäußerte Bauernschußpolitik verteidigen, was dem Pindterblatt so wenig gelingt, wie es seinem Auftraggeber gelungen ist. Von Bedeutung ist nur die halbamtliche Erklärung des Junker-Ministers, daß „die landwirthschaftliche Verwaltung“ sich von einer Aufhebung des Zolls auf Streu- und Futtermittel „für die Landwirtschaft einen ersprießlichen (!) Nutzen nicht versprechen könne“. Diese Ansicht laugt nicht mehr als das Deutsch der Erklärung. Kein „ersprießlicher“, d. h. kein möglicher Nutzen erwächst den Kleinbauern aus der Aufhebung der Zölle. Das heißt: die Junker wollen keine Aufhebung des Zolls, weil sie ihrer Profitrate Hemmnisse bereitet. Es brüht freilich „ersprießlichen Nutzen“, sich für Streu und Futter Bucherpreise zahlen zu lassen, um nachdem die Grenze durch Zoll und Ausfuhrverbot gesperrt ist.

Betreffs der Eisenbahn-Frachtermäßigungen für Futtermittel u. veröffentlicht der Minister für öffentliche Arbeiten folgende neue Anordnung:

Während die durch Erlass vom 19. v. M. genehmigten Frachtermäßigungen für Torfstreu und Futtermittel allgemein für Versendungen nach Staatsbahn-Stationen in Geltung gesetzt sind, ist ferner in Aussicht genommen, für einzelne, besonders hart betroffene Kreise des Landes weitere Frachtermäßigungen dahin einzutreten zu lassen, daß 25 pCt. von den durch obengedachten Erlass eingeführten Frachtsätzen bzw. 25 pCt. der auf die Staatsbahnen entfallenden Frachtanteile den Empfängern im Reklamationswege zurückgestellt werden, wenn durch eine Bescheinigung des Vorstandes des landwirthschaftlichen Vereins oder des Landraths des Kreises nachgewiesen ist, daß das bezogene Streu- oder Futtermittel in dem landwirthschaftlichen Betriebe des Empfängers Verwendung findet oder von einem landwirthschaftlichen Verein oder einem Gemeindeverband bezogen und unter seine Mitglieder behufs Verwendung in deren eigener Wirtschaft zur Vertheilung gelangt. Diejenigen Kreise, für welche diese Maßregel in Kraft treten soll, werden den beteiligten königlichen Eisenbahn-Direktionen meinerseits mitgeteilt werden und ist demnach sofort die erforderliche Veröffentlichung zu bewirken.

Gegen das Zugeständnis ist nichts zu sagen. Aber die landwirthschaftlichen Vereine, wo die Junker herrschen, und die Landräthe, die selber zumeist Junker, das Junkerinteresse imig hegen, sind durchgängig nicht die geeigneten Mittler. Politisch anrühige Bauern und Dorfgemeinden könnten unter Umständen able Erfahrungen machen. Und wenn kein Geld da ist, was nützen dann die Frachtermäßigungen. Davon profitirt der Großgrundbesitzer, nicht der Bauer. Es tritt hier wieder zu Tage, daß in unserem Junker- und Polizeistaate der Mechanismus der Verwaltung sofort nicht glatt funktioniert, wenn es sich um den unmittelbaren Verkehr mit den Kleinen handelt. Bei den Großen freilich klappt alles aufs Beste.

Als ein Zeichen der militaristischen Zeit sei die Nachricht angemerkt, daß der kommandierende General des VIII. Armeekorps, v. Los, derselbe, in dessen Corpsbezirk während der Wahl die seltsame und gefegwidrige Mahnung an die Landwehrleute gerichtet wurde, und der Oberpräsident der Rheinprovinz, Raffe, die rheinischen Abgeordneten, die der herrschenden Futternoth wegen um den Ausfall der Kaiserwahlen ersucht hatten, abgewiesen haben. Diese Ablehnung spricht ganze Bände. —

Die Reichstags-Wahl in Rinteln. Hofgeismar ist auf den 14. Juli anberaumt. —

Lutherische Teufelsbeschwörer. Die protestantische Presse hat die Wendung Teufelsabweisung als die Ausgeburt katholischen Aberglaubens gegeißelt und den Vater Aurelian unbarmherzig durchgehöhelt. Aber der protestantische Zelotismus ist nicht minder bornirt. Die Münchener „Allgemeine Zeitung“ berichtete dieser Tage nach der „Merzt-

vollen Worten ausspricht: er gehört zur Familie. Das genügt, um ihm selbst das Haus zu öffnen, das sich sonst gegen unangenehme Bekanntschaften hermetisch verschloß.

Endlich trat er ein und man konnte nun zur Tafel schreiten. Nachdem das erste andächtige Schweigen, mit dem fast jede dieser Orgien des Magens, Diner genannt, beginnt, durch eine lebhaft Unterhaltung unterbrochen worden war, begann Frau Savenay, von der tiefen Ueberzeugung durchdrungen — alle Mütter werden dies verstehen —, daß es nichts Interessanteres gäbe, als die Thaten ihres Sohnes, das Abenteuer zu erzählen, das André am Abend vorher passirt war. Da erhob sich ein wahrer Sturm von durcheinander schwirrenden Ausrufen:

„Wie kann man aber auch an einen solchen Ort gehen? Das sind ja die reinen Wilden! Kamabalen!“ sagte Miß May schauernd. „Aber welchen Muth hat er gezeigt! Welch famoser Abgang!“

Guntram blähte sich auf wie ein Frosch, er kam sich in diesem Augenblick wie ein Held vor. André hatte Mühe, sich mit allerlei Scherzen gegen diesen Strom von Lobeserhebungen und Schmeicheleien zu vertheidigen. Miß May wollte ihn absolut zum Heros stempeln.

Das wurde sofort anders, als er seinen Besuch vom Nachmittag und den Empfang, der ihm geworden war, erzählte. Man betrachtete ihn jetzt mit einem gewissen respektvollen Erstaunen, gerade als ob er sich in einen Käfig wider Thiere begeben hätte. Diese Leute in ihrer Wohnung aussuchen! Wie unvorsichtig und doch wie edel! Dieser alte Revolutionär ist jedenfalls der reine Bandit!

Nichts weniger als das. Er hat mir den Eindruck eines sehr galanten Mannes gemacht.“ erwiderte André.

„Aber seine Tochter ist doch keine galante Dame?“ pläzte Miß May heraus.

Die Herren lachten. Ihre Mutter machte ihr verzweifelte Zeichen.

\*) Das Wort „galant“ hat im Französischen den Doppelsinn des Ritterlichen und Feinen (bei Männern) und des Sublimen (bei Frauen); ein galant homme (galanter Mann) ist gleich dem englischen gentleman und dem italienischen galantuomo.

„Habe ich etwas Dummes gesagt?“ bemerkte sie, ohne aus der Fassung zu kommen. „Wieder Ihr verwünschtes Französisch! Ich wollte sagen, daß sie doch keine feine, wohlgerogene Dame ist, keine Dame comme il faut (wie sie sein sollte).“

André, der nun einmal beim Widersprechen war, versicherte, daß er sie sehr fein in ihrem Benehmen, nett, klug und gebildet gefunden habe.

„Sagen Sie doch gleich, daß sie der Engel des Sozialismus ist!“ erwiderte Miß May mit schmollender Miene.

„Alles das ist ganz gut und schön, rief Onkel Theodor, hindert aber doch nicht, daß die ganze Bande nur von Raub, Nord und Brand träumt. Man ist noch immer viel zu nachsichtig gegen sie. Niederartätischen müßte man diese Hunde von Sozialisten mit ihrer Brut.“

„Thatsache ist,“ sagte André ruhig, „daß dies das schnellste und sicherste Mittel zur Lösung der sozialen Frage wäre.“

„Halt!“ rief der Onkel lebhaft. „Da bestimme ich mich auf ein Wort, das ich einmal irgendwo gelesen habe. Dieses Wort sollte man in goldenen Lettern auf allen öffentlichen Gebäuden anbringen, anstatt der albernen Inschriften, die man gewöhnlich zu lesen bekommt: „Man sollte mit den Sozialisten nicht anders verfahren, als mit dem Unkraut, das man austrottet.“ Das ist ein wahres Wort. Wenn ich nicht irre, stammt es von Granier de Cassagnac, der es damals in der guten alten Zeit des Kaiserreiches zuerst aussprach. Ja, früher ging man noch anders zu Werke als heute. Da sah's aber auch anders aus!“

„Ja,“ erwiderte André in demselben Ton, „in fünf-hundert Jahren wird man dieses Wort vielleicht anführen, um zu beweisen, wie weit unser Jahrhundert schon in der Zivilisation vorgeschritten war.“

„Du spottest, mein lieber Neffe.“

„Ich? Wieso?“ sagte André. „Ich war nie in meinem Leben ernsthafter, als eben jetzt.“

„Nun gut! gut!“ brummte der Onkel. „Laßt Ihr die Dinge so weiter gehen, wie sie jetzt gehen, dann werdet

Ihr sehen, daß wir von diesen Hungerleibern noch verschlungen werden. Das sage ich Euch. Diese unerfährliche Begehrlichkeit! Menschen, die vor Reid krank sind, die alle die Gelbsucht haben, die das haben wollen, was wir jetzt besitzen, begreift man das wohl? Sie haben das Stimmrecht gefordert, man hat es ihnen gegeben. Sie haben die Republik gewollt, sie haben sie. Glaubt Ihr, daß sie uns nun in Ruhe lassen werden? Ah, jawohl! Seht Euch doch zur Zeit der Wahl die grell rothen Zettel an, die Euch in die Augen beißen. Sie wagen es, die progressive Einkommensteuer, die Beseitigung des Erbrechts zu fordern, was weiß ich? Lauter Tollheiten und Niederträchtigkeiten! Das ist ja die geschlich erlaubte Kommune, der organisierte Raub. Nichts, garnichts achtet man mehr.“

Mistress Webster seufzte tief, als wollte sie bestätigen, daß in der That alle Bande frommer Scheu verschwinden, und daß diese Thatsache einen überaus traurigen Seelenzustand des Volkes kennzeichnete. Sie hatte diese Phrase erst kürzlich in einem neuen Buche gelesen und konnte nun dem Verlangen, sie hier anzubringen, nicht widerstehen.

„Ja,“ sagte der Onkel, „soll ich Ihnen Beispiele hierzu liefern? Da weiß ich eins aus meiner persönlichen Erfahrung: In dem Dorfe, wo ich mein Landhaus habe, habe ich erklärt, daß ich die Arbeiter nicht mehr beschäftigen, die an ihrem gräßlichen 14. Juli Fabnen zum Fenster hinaussteden würden. Nun wohl! nicht einer von diesen Nadeln hat meinen Wünschen Rechnung getragen. Ja, noch mehr! seit dem Tage grüßen sie mich nicht mehr. Sie wollen überhaupt nichts mehr mit mir zu thun haben, sagen sie! Sie haben eine Art Quarantäne über mich verhängt! Streik, etwas anderes kennen sie gar nicht mehr! Alle unsere Arbeiter von heutzutage sind Faulkener, Unverschämte, die nichts können, als freffen und saufen! O, wenn ich an stelle der Regierung wäre, ich würde ihnen zeigen, was es heißt, zu streiken. Wozu giebt es denn Gendarmen und Soldaten? —“

Und sich an Herrn Anatole Dusanle wendend, fuhr er fort: „Ihr Philanthropen, Ihr seid mit Schuld daran! Ihr bellagt sie immer und reizt sie auf, indem Ihr ihnen

lichen Mundschau" ganz gemüthlich über eine Teufels-  
treibung, welche in Ueterjen (Kreis Pinneberg in Schleswig-  
Holstein) gelegentlich einer protestantischen  
Missionsfeier von dem vorstehenden Geistlichen,  
Prediger Köchmann, zu Ehren des Festes vorgenommen  
worden ist. — Der Teufel war aber hartnäckig und wich dem  
geistlichen Beschwörer nicht, sodas der Kranke dorthin kam, wohin  
er gehörte, ins Irrenhaus. Wenn man die Leute, die an  
Teufelsbeschwörungen glauben, einer Kleinlinder-Bewahranstalt  
überweise, so geschähe ihnen kein Unrecht. Hundert und  
zwei Jahre nach dem Erscheinen von Kant's Kritik der  
reinen Vernunft, im Zeitalter Darwin's und Robert  
Mayer's wird in Holstein, dessen Bevölkerung mit Recht  
als aufgeklärt und wohl unterrichtet gilt, der Teufel von  
einem protestantischen Pastor beschworen. Welch ein  
Armuthszengnis für die protestantische Theologie, die ja  
auch — wir erinnern an die Bodelschwingh'schen Epileptiker-  
anstalten in Sadderbaum — die Fallsucht als ein Teufels-  
werk, die armen Kranken als besessenen betrachtet. —

**Die deutsche Konkursstatistik** zeigt, daß der wirth-  
schaftliche Niedergang immer größere Gruppen der Klein-  
und Mittelbetriebe heimsucht. Im Jahre 1892 wurden in  
Deutschland 7684 Konkurse eröffnet gegen 7623 im  
Jahre 1891. Es bedarf aber der ganzen Unversoren-  
beit des Mosse'schen Geldjuden-Organs, um kurzweg zu  
schreiben:

Man geht wohl nicht fehl, wenn man dieses Mehr an  
Konkursen auf die Rechnung der Bestimmungen über die  
Sonntagsruhe setzt.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die erst am  
1. Juli 1892 in Kraft getreten ist, erscheint dennoch als das  
"Karnidel", das die Schuld an dem Wachsthum der  
Bankrottziffer des ganzen Jahres 1892 trägt. Nun ist  
die Verhältniszahl (auf 100 000 Einwohner 15,3 Konkurse)  
in 1891, wo von der Sonntagsruhe noch gar nicht  
die Rede war, und in 1892, wo sie erst im zweiten  
Halbjahr eingeführt wurde, dieselbe. Nimmt die Zahl der  
Konkurse zu, so liegt die Ursache dieser Erscheinung in der  
Verschlimmerung der ökonomischen Zustände, in der Zu-  
spitzung der sozialen Gegensätze. Die Nährväter des  
"Berliner Tageblatts" wissen auch recht gut, wo  
Barthel den Most holt, sie wissen, daß das Großkapital im  
Handelsgewerbe die kleinen Unternehmungen aufsaugt und  
vernichtet, daß die Großmagazine im Kleinhandel hunderte  
von Zwerggeschäften in den Untergang treiben, daß die  
Konkursziffer ein Spiegelbild der Entwicklung ist, die die  
Großen auf Kosten der Kleinen begünstigt. Thut nichts,  
die Sonntagsruhe, die die kaufmännischen Angestellten ein  
bißchen vor zügelloser Ausnützung zu schützen berufen ist,  
soll fallen im Interesse des Geldsacks. Die Handels-  
gehilfen, die noch hinter dem Deutschfreisinn herlaufen,  
mögen sich das merken. —

**Ein charakteristisches Zugeständniß** macht die "Ger-  
mania", indem sie schreibt:

Mit dem Einzug der Sozialdemokraten auch in den bay-  
rischen Landtag beginnt für die dortigen alten Parteien die  
Nothwendigkeit, ihre Organisation und ihr Programm einer  
gründlichen Prüfung zu unterwerfen, letzteres besonders nach  
der wirthschaftlichen Seite hin.

Ohne Sozialdemokratie hätten die Ultramontanen und  
Liberalen wie bisher "fortwursteln" können, soll das heißen.  
Hat doch Bismarck betreffs des Reichstages selbst anerkannt,  
daß wir ohne Sozialdemokratie auch das bißchen "Sozial-  
reform" nicht einmal hätten. Eine größere Anerkennung  
für die Sozialdemokratie kann es nicht geben, als das Zu-  
geständniß der Gegner, daß ohne jene nie daran gedacht  
worden wäre, vom alten Schlandrian ein wenig abzulassen.

**Wsi Teufel!** Nach einer Mittheilung der "Danziger  
Zeitung" hat der Vorsitzende des christlich-  
konservativen Agitations-Komitees zu  
Stolp unterm 19. Juni an den konservativen Vertrauens-  
mann Genskow zu Gühren (Kreis Stolp) folgendes  
Schreiben erlassen:

Es wird Ihnen wohl noch die Rede unseres Kandidaten  
Wia im Gedächtnis sein, und was dem armen Kerl dabei  
passirt ist — wie er von dem einen Individuum beinahe in-  
sultirt worden war — das war ein dortiger Bauer — ich weiß  
es nicht genau, jedoch Gildemeister und der den Vorsitz  
führende Landtags-Abgeordnete Schulz-Horst — die kennen den  
Kerl ganz genau, und auch seine Aeußerung — quasi

vorredet, daß sie unglücklich sind. Ihr macht ja Sozialisten  
aus Ihnen! —

Herr Anatole Dusaule streckte in eine Ueberraschung,  
die nicht gemacht war, die Arme zum Himmel empor, wie  
um ihn zum Zeugen für die Reinheit seiner Absichten an-  
zurufen. Es war gewiß das erste Mal, daß man ihm  
vorwärts, umstärkerliche Lehren zu verbreiten. Vielleicht  
sahle er sich im Grunde seines Herzens mehr geschmeichelt  
als beleidigt dadurch, daß man ihn einer solchen Kühnheit  
für fähig hielt.

Mein Gott! mein vortrefflicher Freund," sagte er  
milde, man kann doch nicht leugnen, daß es Elend giebt."

Wer verlangt denn von Euch, daß Ihr es leugnen sollt?"  
erwiderte Dunkel Theodor. "Aber ist es denn möglich, es  
von allen Dächern herunter zu schreiben? Es giebt doch  
Dinge, über die man am besten gar nicht spricht. Das  
bringt ja die Leute erst auf ihre Ideen, und auf was für  
Ideen! Es ist doch ein nie wieder gut zu machendes Un-  
recht, das man uns angethan hat, indem man verlangte,  
daß jeder Bengel lesen und schreiben lernen soll. Wie soll  
man jetzt verhindern, daß die Irrlehren sich verbreiten, wie  
die Cholera!"

Nun, das ist es ja gerade, wozu wir Philanthropen,  
zu denen zu zählen ich die Ehre habe, in aller Bescheiden-  
heit unser Theil beitragen wollen, mein würdiger Freund!  
Wir wollen, so gut wir können, die Saat gesunder  
und vernünftiger Ideen ausstreuen. Denjenigen, welche  
sich für die Opfer einer ungerechten Vertheilung der Güter  
dieser Welt halten, sagen wir: Laßt Euch nicht beirren,  
Christus selbst hat zu seinen Jüngern gesagt: Ihr werdet  
immer Arme unter Euch haben. — Und die Wissenschaft  
stimmt mit dem, was das Evangelium sagt, genau überein.  
Es wird immer Schwache und Starke geben; der Kampf  
uns Dasein hat seine besonderen, unabänderlichen Gesetze  
geschaffen. Eine große Zivilisation, wie eine große Fabrik  
muß ihre Opfer haben. Das ist unvermeidlich. Gewiß, es  
ist sehr traurig, daß es so ist, und wir leiden mit Euch.  
Ja, wir leeren den Wermuthskelch mit Euch. Aber ist es  
Sache des Menschen, die Pläne der Vorsehung, die ewigen,  
unveränderlichen Gesetze der Natur ändern zu wollen?

eine Mafestätsbeleidigung. Die Sache ist gestern von mir dem  
Landrath gemeldet, jedoch haben wir uns dahin geeinigt, daß  
wir von einer Bestrafung absehen, wenn der Kerl bei der  
Stichwahl (am 24. Juni) mit allen seinen Genossen für Wia  
eintritt — jedenfalls nicht leicht. Also, Herr Genskow,  
erlaube Sie, sich den Kerl im Stillen vorzuknöpfen und ihm  
mitzutheilen, was ihm bevorsteht — die Beleidigung bringe ich  
der schamlosen Natur wegen gar nicht zu Papier — Kr.  
(liberal) heißt er — und sechs Monate sind ihm sicher — es  
soll ihm aber nichts passieren, falls er die Sache ins Gegen-  
theil bringt. Bemerke aber, daß seine Bestrafung ganz sicher  
ist — bitte, mit aller Energie bei der Stichwahl für die kon-  
servative Sache einzutreten.

Otto Friedrich, Schuhmachermeister.  
Schamloser und widerlicher ist das Handwerk der  
politischen Denunziation und Erpressung wohl selten be-  
trieben worden. —

**Wie Deutschland seine Bürger im Auslande  
schützt.** In der Sonntagsnummer des Berner "Bund" er-  
schien folgendes Telegramm:

Bern, 1. Juli. Die deutsche Reichsregierung in  
Berlin hat ihrer Gesandtschaft in Bern auf deren Be-  
fragen, wie den verschiedenen Einsprachen und Proteilen  
deutscher Reichsangehöriger gegen das Vorgehen der Berner  
Polizeibehörden anlässlich der Arbeiterunruhen zu begegnen sei,  
mitgetheilt, es seien die Beschwerdeführer rundweg abzuweisen,  
da es nicht am Platze sei, Leute in Schutz zu nehmen, die sich  
ungerechtfertigter Weise in Verhältnisse eines fremden Landes  
mischen, welches überdies, wie die Schweiz, den internationalen  
Verpflichtungen pünktlich nachkomme und an seiner Neutralität  
streite festhalte.

Ein Berner Korrespondent der "Basler Nachrichten"  
ist in der Lage, diese Meldung dahin richtig zu stellen, daß  
die deutsche Gesandtschaft in der betreffenden Sache in  
Berlin weder Instruktionen eingeholt,  
noch bezügliche Weisungen erhalten hat. Auf  
der Gesandtschaft selbst ist nur ein einziger Beschwerdeführer  
erschienen, der mit dem Bemerkten abgewiesen  
wurde, er solle sich in einem fremden Staate nicht  
in Dinge mischen, die ihn gar nichts angehen.  
Ein freier Staat, England, die Union, die Schweiz, schlägt  
seine Bürger thatkräftig vor jeder Unbill, die ihnen draußen  
widerfährt. In Preussisch-Deutschland scheint der Reichs-  
Eingriff erst dann empfehlenswerth zu sein, wenn ein  
Wohlge-muth hinter Schloß und Riegel kommt. Herr  
von Bülow, der sich in der Schweiz antisozialistische  
Vorberer geholt und in der Wellesons-Quittungsgeschichte  
als "Diplomaten" ersten Ranges gezeigt hat, verdirbt zwar  
nicht mehr in Bern, sein Geist scheint aber noch heute im  
deutschen Gesandtschaftshotel zu wirken. Es hätte sich wohl  
gehört zu prüfen, ob der "einzige Beschwerdeführer" nicht  
ein Recht zur Klage hatte. Brutal wie irgend eine hinter-  
russische Gendarmenschaar ist ja die Berner Polizei gegen  
Betheiligte und Unbetheiligte eingeschritten. —

**Die serbische Stupischina** erhöhte die Bölle, um  
dem Fiskus größere Einnahmen zuzuschützen. —

**Frankreich.** Die Vordellstudenten werden gehätselt,  
die Arbeiterschaft wird brutalisirt. Bei der Verathung der  
Vorlage betreffend die Arbeiterindulgenz erklärte im Sena te  
der Justizminister, er sei entschlossen, die "ungefährlichen"  
Syndikate gerichtlich zu verfolgen. Die Schließung der  
Arbeitsbörse sei erfolgt, weil sie ein Heerd revolutionärer  
Antriebe geworden wäre. Ihn lohnte besonderer Beifall  
der Senatoren, die nichts sind als Agenten des Groß-  
kapitals. —

**Das englische Unterhaus** debattirte am 6. Juli,  
wie "Wolff's Telegraphen-Bureau" meldet, über den § 5 der  
Home-Rule-Vorlage. Mehrere Amendements, die darauf  
abzielten, das Veto des Vikarings wirksamer zu machen,  
wurden mit Mehrheiten von 42 und 48 Stimmen ab-  
gelehnt. Darauf beantragte Wolmer ein weiteres Amendement,  
welches den gleichen Zweck hatte. Die Regierung  
bekämpfte es. Balfour griff die Regierung auf das heftigste  
an, indem er unter vielen lebhaften Unterbrechungen seitens  
der Ministeriellen erklärte, daß die Regierung die Diskussion  
erzürde und die Rechte der Minorität mit Füßen trete. Um  
10 Uhr unterbrach der Vorsitzende die Debatte, worauf  
das Amendement Wolmers mit 324 gegen 286 Stimmen  
abgelehnt wurde. (Lebhafte Bewegung; die Ministeriellen  
und Nationalisten erhoben sich von ihren Sitzen und

Wir sagen noch mehr: Wer weiß, wieviel die Mensch-  
heit verlieren würde, wenn es keine Armen mehr  
gäbe? Ja, meine Damen, was würde ohne sie aus  
einer so heiligen Tugend, wie sie das Mitleid ist, diese edle  
Warmherzigkeit, die Wohlthätigkeit, die um Ihre Stirnen  
einen himmlischen Glorienschein weben?"

"Bomard oder Chamberlin?" tönte die Stimme des  
aufwartenden Dieners dikret in das Ohr des Redners.

"Bomard", antwortete er halbblau, etwas ärgerlich  
darüber, daß er mitten in einer Tirade unterbrochen worden  
war, die so glänzend begonnen hatte.

Miß May benutzte diese Unterbrechung, um zu er-  
zählen, daß sie in diesem Winter auf elf Wohlthätigkeits-  
bällen getanzt habe. André beglückwünschte sie wegen ihrer  
wohlthätigen Füßchen und fragte sie leise, wo sie ihren  
Gelligenschein gelassen hätte. Dann sagte er laut:

Herr Dusaule, haben Sie wirklich nichts anderes, wo-  
mit Sie Ihre Klienten regaliren, als diese sehr christliche,  
aber auch sehr wenig nahrhafte Entfagung? Die Sozialisten  
bieten ihren Leuten doch wenigstens etwas Hoffnung für  
die Zukunft. Sie werden Ihnen, fürchte ich, Ihre Kund-  
schaft abspenstig machen."

Dusaule lächelte mit nachsichtig überlegener Miene, warf  
einen böshafter Blick um sich und ließ noch einen Augen-  
blick mit der Antwort auf sich warten. Endlich sagte er  
mit wohlberechneter Bangsamkeit:

Aber, mein lieber Sohn, ich bin selbst Sozialist. Wir  
sind ja alle Sozialisten."

Ein Murmeln des Erstaunens bewies dem Philosophen  
sodort, daß er seine Wirkung nicht verfehlt hatte.

Ah, das ist stark", rief Dunkel Theodor aufspringend.  
"Ich Sozialist? Nie!"

Sie, wie die andern, mein verehrungswürdiger Freund.  
Bleiben Sie ruhig und lassen Sie mich aussprechen. Haben  
Sie nicht auch Mitleid mit den leidenden Klassen? Wünschen  
Sie nicht auch, daß jeder Mensch hierieden glücklich sei? Ist  
ein einziger unter uns, dessen Herz dem Anblick des Elends  
gegenüber gefühllos bleibt? Ich frage Sie, meine Damen.  
Ich bin sicher, daß Fräulein Germaine keine dieser kleinen  
Bettlerinnen, die vor Kälte zitternd an den Straßenecken

schwankten die Güte. Schließlich wurde der § 5 mit 324  
gegen 289 Stimmen angenommen. Der § 6, welcher die  
Zusammensetzung des legislativen Rathes feststellt, wurde  
sodann mit 315 gegen 300 Stimmen angenommen. Diese  
Verringerung der Regierungsmehrheit wurde von der Oppo-  
sition mit Jubel begrüßt. —

Der Parlamentssekretär des Auswärtigen, Gren, gab  
die Erklärung ab, daß der Handelsvertrag mit Serbien in  
kürzester Frist unterzeichnet werden würde. Er enthalte  
die Meistbegünstigungsklausel. — Im weiteren Verlaufe der  
Sitzung führte Gladstone aus, die Regierung werde infolge  
der Opposition gegen die Ernennung des Ausschusses zur  
Untersuchung des landwirthschaftlichen Nothstandes eine  
königliche Kommission einsetzen. —

### Briefkasten der Redaktion.

**A. Ruch** Seelig-Feiler ist der Wirth im Recht: von kapi-  
talistischer Profligier muß jede edlere humane Regung aufgezehrt  
werden.

**E. L. in B.** 1. Ein Gendarm ist in Preußen wahlberechtigt.  
2. Ob Corvin's Pfaffenpiegel, siebente Auflage, verboten ist, ist  
uns nicht bekannt.

**Schneider Mariendorf.** Mit einer Klage würden Sie  
nicht durchdringen.

**G. J. 10.** Sie müssen das Dienstmädchen in der Orts-  
Krankenkasse der Gastwirthe oder in einer dem § 15 des Kranken-  
lassen-Gesetzes entsprechenden freien Hilfskasse versichern.

**Sch. 34.** Das Schicksal einer Klage gegen den Vater auf  
Zahlung des vom Sohn Verzehreten ist ein zweifelhaftes.

**L. G.** Nein, wohl aber möglicherweise Invalidegeld.

**Leithger.** Briefliche Antworten können nicht ertheilt werden.  
"Drehsammel" ist eine beleidigende Anrede, die unter den von  
Ihnen geschilderten Umständen vielleicht 10 Mark Strafe kosten  
würde. Der Wirth hat kein Recht, die von Ihnen ge-  
mieteten Räume zur Verunreinigung zu benutzen.

**M. 2. 1a.** Aus beiden, wenn der Inhalt des Statuts nicht  
etwas dem entgegensteht.

**J. G. 1.** Nur die Schöffen und der vorsitzende Richter.  
2. Vor Einreichung der Beleidigungsklage muß ein Sühnetermin  
vor dem Schiedsmann stattfinden, wenn die Parteien in dem-  
selben Gemeindebezirk wohnen. 3. Das Gericht, nicht eine  
Staatsanwaltschaft, verhandelt und entscheidet in Privatklage-  
sachen. 4. Die Staatsanwaltschaft kann nicht Privatklage,  
sondern nur öffentliche Anklage wegen Beleidigung erheben.

**N. N.** Moltke gehörte dem Reichstage von Anbeginn  
desselben bis seinem Tode an. Prinz Friedrich Karl  
wurde 1897 in den konstituierenden Norddeutschen Reichstag für  
den ostpreussischen Wahlkreis Labiau-Wehlau gewählt.

**J. S. 3.** Wir sind nicht im stande, ärztlichen Rath zu er-  
theilen.

**B. A.** Dank für die Zusendung. Wenn wir sie auch nicht  
speziell benutzen können. Rebliche Soldatenbriefe gehen uns  
fast täglich zu, sodas wir nicht bis auf drei Jahre zurückzugreifen  
brauchen.

**S. A.** Für den Inhalt einer Annonce oder einer Annoncen-  
Beilage übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung. In  
der Annonce lobt jeder Verkäufer seine Waare. Von der Güte  
derselben hat sich der Käufer selbst zu überzeugen. — Wenn Sie  
im Zweifel sind, ob Sie der lobenden Selbstempfehlung des Ver-  
fassers einer Schrift oder der kritischen Beleuchtung derselben  
seitens der Redaktion mehr Glauben schenken sollen, können wir  
Ihnen nicht helfen.

**X. 777. Ja.**

**C. 8. 100. 1.** In drei Monaten. 2. Wegen die Straf-  
verfügung ist nichts zu machen.

**Scherer.** Versuchen Sie zunächst den Weg der Beschwerde  
an die Ober-Staatsanwaltschaft.

**Wolmann.** Lassen Sie Abschrift des vormundschafts-  
gerichtlichen Protokolls ertheilen und beantragen Sie sodann  
Umänderung des Namens auf dem Standesamt, wo Sie diesen  
Antrag zu Protokoll geben müssen.

**Lassalle.** "Ferdinand Lassalle" von Georg Brandes ist in  
unserer Buchhandlung um den Preis von 2 M. 50 Pf. zu  
haben.

**2. 365. 1.** Das Zusammenleben eines jungen Mannes  
mit einer jungen Dame kann an einigen Orten Deutschlands  
polizeilich wegen Konkubinat verfolgt werden, wenn die Be-  
treffenden durch Zusammenleben wie Mann und Frau Vergerniß  
erregen. 2. Nichtzahlung von Steuern ist kein Ehehinderniß.

**N. Stahfurt.** Leider ja; besten Gruß.

**A. B. 100. Ja.**

**Weihensee.** Falls die Mutter sich weigert, ihr mehr als  
4 Jahre altes Kind dem Vater herauszugeben, so ist der Vater  
nicht verbunden, Alimente zu zahlen, falls nicht etwa das Gericht  
die Erziehung aus Rücksichten auf die Unfähigkeit des Vaters  
oder auf die Gesundheit des Kindes der Mutter überträgt.

sehen, sehen kann, ohne daß sie Thränen über sie weinen  
müßte."

Germaine rief: "So bin ich also Sozialistin, ohne es  
zu wissen. Da wirst Du mich doch nicht füllteren lassen,  
Dunkel Theodor!"

Dunkel Theodor, der gerade damit beschäftigt war, den  
Flügel eines getrüffelten Rebhuhns zu verspeisen, stieß  
zwischen zwei Bissen einige Worte heraus, die niemand  
verstand.

"Ich bin auch sicher, mein Fräulein," für Herr Dusaule  
fort, daß Sie gern einen Theil Ihres Taschengeldes den  
Armen geben, daß Sie unter ihnen Ihre besonderen Schüt-  
linge haben. Das ist wahrer, edler Sozialismus. Nun  
wohl, was Sie im Kleinen thun, das wollen wir im  
Großen ausführen. Wir sprechen zu den Enterbten: Wir  
bieten Euch die Hand. Wir wollen nichts, als Euch helfen,  
Euch beschützen. Laßt Euch von uns führen. Diejenigen Ar-  
beiter, welche klug und fleißig sind und zu sparen wissen, können  
reich werden wie wir. Sie können selbst Unternehmer wer-  
den. Seit unserer großen Revolution kann jeder Franjose  
sowohl zu Geld, wie zu den höchsten Stellen gelangen. Jeder  
Proletarier hat den Keim zum Millionär in sich, wie  
jeder Soldat in seinem Tornister den Marschallsstab trägt.  
Was fehlt ihnen also? Nichts als eine hilfreiche Hand.  
Wir bieten sie ihnen. Unsern Brüdern helfen, eine Staffel  
der sozialen Stufenleiter nach der andern zu erklimmen,  
welche erhabene Aufgabe! Wie schön, wie edel ist der Sozia-  
lismus, wenn man ihn so auffaßt!"

"Das Unglück ist nur", sagte André, "daß die Sozialisten  
— die andern — ihn anders auffassen!"

"Jawohl," fuhr Dusaule fort, "aber das Volk zieht  
diejenigen vor, welche ihm wirklich etwas bieten, anstatt  
ihm nur schöne Dinge zu versprechen. Wenn wir für  
einige kleine Gesetze z. B. in der Unfallversicherung, in dem  
Rassenwesen der Bergarbeiter gestimmt haben, haben  
wir aber auch das Recht, zu unsern Klienten, wie Sie die-  
selben nennen, zu sagen: Seht, wie gut, wie großmüthig  
wir sind, wie wir Euch Euer Loos erleichtern, wir sind  
Eure wahren Freunde."

(Fortsetzung folgt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

**Theater.**  
Sonnabend, den 8. Juli.  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.**  
Die schöne Helena.  
**Kroll's Theater.** A Santa Lucia.  
**Viktoria-Theater.** Frau Venus.  
**National-Theater.** Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.  
**Adolf Ernst-Theater.** Der Schwiegerpapa.  
**Alexanderplatz-Theater.** Mutterlegen oder: die neue Fanchon.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Saunemann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**National-Theater.**  
Große Frankfurterstraße 182.  
Sensationelle Novität!  
Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.  
Große Fosse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Prudenz. Musik von Adolph Wiedecke. Regie: M. Samst. Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.  
Im Garten auf d. Sommerbühne:  
**Die Ballettschule.**  
Fosse mit Gesang und Tanz in 1 Akt. Regie: Hugo Hummel.  
Vor und nach der Ballettschule Auftreten von Spezialitäten I. Ranges. „Neues Programm“.  
Sonntag: Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago.

**Castan's Panopticum.**  
Neu:  
Der Tod als Erlöser.  
Neu:  
Die Schrecken des Meeres.  
Bauern-Aufstand!  
Illusionist. Vorstellungen.  
Irrgarten. — Schreckenskammer.

**Passage-Panopticum.**  
Grösstes  
Schau- u. Vergnügungs-Etablissement der Welt.  
Entree 50 Pf.

**BERLINER HIPPODROM**  
am Kurfürstendamm.  
2 Min. von Station Zoolog. Garten.  
Sonnabend, den 8. Juli:  
**Gr. Renntag**  
mit vorzüglichem Programm.  
Röm. Reiten und Fahren.  
Zum Schluss:  
**In den Abruzzen.**  
Grosse Pantomime von 200 Personen. 60 Pferde.  
Im Park: **Grosses Konzert.**  
Anfang 5 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.  
Morgen: **Gr. Gala-Vorstellung.**  
Auftreten der Miss Athena und des Mr. Hajex auf dem hohen Thurmseil.

**Schweizer-Garten**  
am Königsthor.  
Täglich:  
**Concert, Theater**  
und  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
Geschwister Rigoli, Familie Carlo, Mr. Famera, Max Grabow, Gebr. Dissenato, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Verroca.  
Im Saale: **BALL.** [4199L]

**Schmiedel's Festsäle,**  
Alte Jakobstrasse 32,  
empfehle meine hocheleganten Säle zur Abhaltung jeder Art Festlichkeiten. Auch steht den geehrten Vereinen u. der große Sommergarten zur Verfügung.  
Wwe. E. Schmiedel.

**Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.**  
Stadtbahnstation Zoologischer Garten.  
Heute, Sonnabend, den 8. Juli:  
**Gr. Parade-Gala-Vorstellung**  
mit ausgewähltem Programm.  
Zum 1. Male:  
**Die Erschaffung des Weibes**  
oder:  
Das Weib durch die Jahrhunderte.  
Gr. Ausstattungspantomime mit Ballet mit durchweg neuen Dekorationen, Kostümen, Requisiten u. (Gefächlich geschäft).  
Inszenirt vom Dir. Ernesto Ciniselli. Arrangements u. vorkommende Tänze vom königl. italienischen Balletmeister Aut. Tignani.  
Morgen: **Die Erschaffung des Weibes.**  
Sonntag: 2 Vorstellungen.  
Achtungsvoll  
Ernesto Ciniselli, Direktor.

**Etablissement Buggenhagen.**  
Täglich: **Gr. Garten-Konzert.**  
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen statt.  
Entree 10 Pf. Sonntag 25 Pf.  
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u.

**Gratweil'sche Bierhallen.**  
Kommandantenstr. 77-79.  
Täglich:  
**Auftreten der Leipziger Sänger**  
vom Krystall-Palast.  
Wochenl. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.  
Sonntag 6 Uhr. Entree 30 Pf.  
Anerkannt gute Küche.  
Säle für Festlichkeiten und Versammlungen.  
Carl Koch.

**Ostbahn-Park**  
am Rüstiner Platz,  
(Hermann Imbs)  
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.  
Täglich: **Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Neu u. sensationell: 3 Schwestern Peretti, Kunststrafadlerinnen.  
Emmy u. Reinhold Hintsch, Gesangs- u. Charakter-Duettsiten u. Volksbelustig. jeder Art. 4 Regelmässigen z. Verfügung. Kaffeelücke geöffnet an Wochentagen von 2 bis 6 Uhr, Sonntags von 2-5 Uhr.

**Moabiter Gesellschaftshaus.**  
Alt-Moabit 80 und 81.  
Täglich:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung, sowie Concert.**  
Anfang 4 Uhr.  
Entree 30 Pf., reservirt Platz 50 Pf. 4127L.  
Donnerstag, den 13. Juli: Benefiz für die Marnitz-Gasch-Truppe.

**Treptow Bender's Restaurant**  
3 Minuten hinter dem Paradies-Garten.  
Erstes Lokal an der Chaussee.  
Jeden Sonntag **Tanz.**  
Großer Saal, großer schattiger Garten. Kaffeeküche, 3 Kegelbahnen.  
Heute, Sonnabend, den 8. Juli:  
**Großer Sommerachts-Ball**  
Benefiz für den Tanzmeister Herrn Spalholz.

**Altes Schützenhaus,**  
Lilienstraße 5, empfiehlt seine Festsäle (500 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 7335

Zur Landpartie nach Birkenwerder a. d. Nordbahn  
**Restaurant Schützenhaus.**  
Allen Freunden u. Genossen, namentlich den verehrten Vereinen bestens empfohlen. Große Kaffeelücke. Zwei verd. Kegelbahnen. Große Halle mit Piano stehen zur Verfügung. Für ff. Speisen und Getränke zu soliden Preisen ist geforgt. Vorw. liegt aus.  
**Carl Hietzig, Gastwirt.**  
Empfehle nach wie vor mein vergrößertes Lokal, franz. Billard u. dem verehrten Publikum. Vorwärts, Volks-Zeitung, sowie andere Zeitungen liegen aus. [3596L]

**M. Berndt,**  
Oranien- u. Alexandrinenstr.-Ecke.

Unserem Genossen, dem Restaurateur **Gustav Anders** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, das die ganze Faldensteinstraße weckt.  
45192 **Einige rote Brüder.**

**Freie Kranken- u. Begräbnis-Kasse der Schuhmacher und Berufsgenossen Berlins.**  
(S. S. Nr. 27.)  
Montag, den 17. Juli, Abends 8 Uhr, Fischerstraße 25:

**General-Versammlung.**  
Tagesordnung: 1. Vierteljährlicher Kassenericht. 2. Abänderung des Statuts. 3. Innere Angelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimirt. Erscheinen ist dringend notwendig.  
7725 **Der Vorstand.**

**Achtung! Rixdorf. Achtung!**  
Öffentliche **Volks-Versammlung der polnischen Arbeiter**  
am Sonntag, 9. Juli, Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Gröppler, Bergstraße 129.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag. Referent: Morawski.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
259/6 **Der Einberufer.**

**Freireligiöse Gemeinde.**  
Sonntag, Vormittags 10 1/2 Uhr  
Rosenthalerstraße 38:  
**Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: Moralphärentum.**  
Gäste sehr willkommen. 416/9

**Rummelsburg.**  
Dienstag, den 11. Juli, Abends 8 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung des Arbeiter-Vereins**  
für Rummelsburg und Umgegend im Lokale des Herrn Borchmann, Berlinerstr. 83.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag. Referent: Genosse Th. Metzner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
110/15 **Der Vorstand.**

**Süchsdorj'cher Männerchor.**  
Mitgl. d. Arbeiter-Sänger-Bundes.  
Übungsstunde Montag 9 Uhr bei Sechshaus, Landsbergerstr. 31, sucht eifrige Mitglieder. 763b

**Achtung! Achtung! Achtung!**  
Erste Spezial-Anzeige der Louise-Stadt für beste Hausmannskost.  
Mittagstisch mit Bier u. Compot 50 Pf. Abendstisch von 30 Pf. an, gr. Auswahl. Vorzögl. Biere à 10 Pf. Angenehmer Aufenthalt. [319M]  
**Prinzessinnenstraße Nr. 17.**  
Eingang nur vorn im Laden.

**Potsdam. Restaurant Charlottenhof.**  
Den Berliner Parteigenossen empfehle bei Ausflügen nach Potsdam mein am Bahnhof Charlottenhof gelegenes Restaurant. Schöner großer Garten, Billard, Kegelbahn. Um regen Besuch bittet Achtungsvoll **F. Brose, Potsdam, Alte Luisenstr. 92,** gegenüber dem Bahnhof Charlottenhof.  
Größere Gesellschaften bitte vorher anzumelden. 18b

**Restaurant Iwert,**  
Hohen-Neuendorf a. d. Nordb.  
4 Min. vom Bahnhof, empfiehlt sein Lokal den geehrten Vereinen, Freunden und Genossen zu Landpartien. Großer Garten mit Kegelbahn, großer Saal mit Piano und Theaterbühne, Kaffeelücke u.  
**Rixdorf, Karlsgrabenstraße 1,**  
Ecke Hermannstraße.  
Empfehle allen Freunden, Bekannten und Genossen mein Weiß- u. Vairisch-Bierlokal. Gute Speisen u. Getränke. Großes Vereinszimmer mit Piano.  
Paul Hilpert, Restaurateur.  
45178

**Arbeitsmarkt.**  
1 Tischlerlehrling verlangt Schöneberg, Helmstr. 5. 762b  
Tüchtiger Farbigmacher, welcher auch Ranten machen kann, verlangt **Albert Spiesicke,** 780b Goldleisensabrik, Dresdenerstr. 33.  
Gesellen a. w. Kastenarbeit u. Bau verl. **P. Gaul,** Bremerstr. 48. 771b  
Ein Klavierspieler wird verlangt Rixdorf, Hermannstr. 94. (4 R.)

# Freie Volksbühne.

Am Sonntag, den 9. Juli, Nachm. 2 1/2 Uhr, findet für die IV. Abteilung, eine Vorstellung im National-Theater statt.  
Zur Aufführung gelangt:  
**Der Richter von Zalamea.**  
Schauspiel in 3 Akten von Calderon de la Barca. Musik von Adolf Wiedecke. Mitgliedern, die die Vorstellung zum zweiten Mal sehen wollen, steht es frei, gegen Nachzahlung von 60 Pf. eine Extrakarte zu erhalten. Die Mitglieder werden gebeten, von dieser Freiheit Gebrauch zu machen. Billets zum Stiftungsfest sind in allen mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.  
Der Vorstand der „Freien Volksbühne“.  
J. A.: Julius Türk, SW., Solmsstr. 24.  
390/2

**Schloss Schönholz bei Pankow.**  
Sonntag, den 9. Juli 1893:  
**Grosses Volksfest**  
veranstaltet vom  
**Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend**  
und der  
**Arbeiter-Bildungsschule,**  
verbunden mit 106-7

**Sängerfest**  
unter Mitwirkung von **200 Gesangsvereinen.**  
**4 Musikkapellen.** Gr. Festzug von 500 Pers. Triumph der Arbeit.  
Gesangsaufführungen d. Sängerbundes.  
Im neuerbauten Saale: **Tanz.**  
Volksbelustigungen und Ueberraschungen aller Art. — Preisspiele für Kinder. Verlosung von Büchern.  
Die Kaffeeküche ist den ganzen Tag geöffnet.  
Anfang des Konzerts früh 8 Uhr, der Gesangsaufführungen Nachm. 3 1/2 Uhr. Beginn des Festzuges Nachmittags 4 1/2 Uhr.  
Billet vorher 20 Pf. An der Kasse 30 Pf.  
Billets sind in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.  
**Fahrgelegenheiten:**  
Nordbahnhof (Bernauerstraße) bis Station Schönholz. Stettiner Bahnhof bis Station Schönholz oder Pankow. Außer den jahresplanmäßigen Zügen werden Extrazüge eingelegt. Vom Alexanderplatz und Schönhauser Thor Bremer-Verbindung.  
Ueber den Verkehr der fahrplanmäßigen und Extrazüge siehe morgen Säulen-Anschlag.

**Großes Sommerfest**  
am Montag, den 10. Juli,  
arrangirt von sozialdemokratischen Parteigenossen des  
**3. Berliner Reichstags-Wahlkreises**  
**Hasenhaide. Neue Welt. Hasenhaide.**  
Großes Garten-Concert unter Leitung des Musikdirektors W. Finsterbusch. Auftreten sämtlicher Spezialitäten. Gr. Feuerwerk und Tanz. Kinderbelustigungen aller Art. Abends: Kinderfackelzug. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis. Die Kaffeelücke ist von 2 Uhr an geöffnet. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.  
Anfang 4 Uhr.  
Billets sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: Börner, Ritterstraße 108; Tschernig, Fürstenstr. 17; Georgi, Simeonstr. 22, 4 Tr.; Garmoy, Gneisenaustr. 63, Hof 4 Tr.; Kräcker, Alexandrinenstr. 41, Hof 1 Tr.; König, Dauscherstr. 44; Hoffmann, Alte Jakobstr. 89; Karraus, Mantuffelstraße 115; Schölzel, Mariannen-Platz 5; Wartenberg, Eißfabriks-Über 19, sowie bei dem Vertrauensmann Fritz, Fürstenstr. 11, 4 Tr. und in allen mit Plakaten belegten Handlungen. 847/17  
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

**Verband der in Buchbindereien, der Papier- u. Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.** Zahlstelle Berlin.  
Montag, den 10. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenericht. 2. Wahl des 1. Vorsitzenden und 1. Kassiers. 3. Vereinsangelegenheiten (Geschäftsordnung, Herbergs).  
Aufnahme neuer Mitglieder.

Montag, den 17. Juli, in der Unions-Brauerei, Hasenhaide No. 22-31:  
**Großes Sommer-Fest**  
bestehend in Instrumental-Konzert, Festzug, Fackelpolonnais, Volks- und Kinderbelustigungen jeder Art.  
In beiden Sälen: **Grosser Ball.**  
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
Billets à 20 Pf. sind in allen Zahlstellen der Zentral-Kassentafel und des Verbandes, im Arbeitsnachweis, Dresdenerstr. 116, sowie in allen mit Plakaten belegten Handlungen zu haben. An der Kasse 25 Pf.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Vorstand.**  
120/5

**Pankow. W. Buge's Vereinshaus.**  
(früher Borchardt), Schulze-Strasse Nr. 28.  
Station Nordbahn. Jeden Sonntag: **Ball.** Garten und Kegelbahn.  
**Restaurant zur Pferdebuert.**  
15 Minuten Waldweg vom Bahnhof Köpenick.  
Herrlicher Laubwald, kein zweitschönerer Aufenthalt in und um Berlin. Jeden Sonntag von früh 7 bis 11 Uhr halbstündlich Kremserfahrt (Person 15 Pf.) Rückfahrt von 2 bis 9 Uhr Abends. Neuer Tanzsaal, Familien-Kaffeeküche, 2 Kegelbahnen, Schlusshalle, Würfelbuden sowie verschiedene Belustigungen.  
ff. Weissbier 20 Pf. Bairisch Bier 10 Pf.  
4314L\* Achtungsvoll **F. Hoffmann.**

**Pankow. Zum Nordstern.** Pankow. Wollanstr. 113.  
Empfehle zum bevorstehenden Waldfest am Sonntag ganz ergebenst mein Lokal. Gute Getränke, warme und kalte Speisen.  
**Gust. Lehmann, Gastwirt.**  
**Zahn-Arzt Rob. Wolf,** Brunnenstrasse 4 (Rosenthaler Thor). Künstl. Zähne. Theilzahlung. Schmerzloses Zahnziehen etc. Sprechstunden 8-7 Uhr.  
Bading in Berlin, SW., Beuthstraße 2. Dierzu zwei Beilagen.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung vom 7. Juli 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf von Caprivi, von Kalkenborn, von Bötticher, von Marschall, von Malhahn, Hollmann, von Berlepsch, Graf Hohenthal, Graf Lerchenfeld, Ritter vom Haag.

Die Tribünen sind überfüllt.

Ohne Debatte genehmigt das Haus die schleunigen Anträge 1. der Abgg. Ander und Genossen wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Müller-Sagan, und 2. der Abg. Auer und Genossen wegen Einstellung der Strafverfahren gegen die Abg. Schmidt-Frankfurt, Schulze-Königsberg, Bueb und Mehger-Pamburg.

Darauf folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, welche der

Reichskanzler Graf von Caprivi einleitet: Nachdem die Militärvorlage durch nahezu 9 Monate der Gegenstand der öffentlichen Verhandlungen in Wort und Schrift gewesen ist, wird es eine Unmöglichkeit sein, Neues darüber zu sagen. Ich glaube aber auch fürs erste davon absehen zu dürfen, das Alte zu wiederholen und wende mich der neuen Vorlage zu, um diejenigen Dinge kurz zu berühren, welche als von der alten abweichend hervortreten. Es ist bekannt, daß die verbündeten Regierungen sich bereit erklärt hatten, den Antrag von Guene anzunehmen; es ist auf Grund des Antrages eine Vorlage ausgearbeitet worden; der Antrag ist zum Theil verändert worden und unterliegt jetzt ihrer Beschlußfassung. Auf den Antrag einzugehen würde die Regierung bewogen durch Rücksicht auf das wirtschaftliche Leben und auf unsere allgemeine Lage. Es schien ihr erwünscht, abzuschließen mit einer Debatte, welche das Ausland zu der Anschauung führen konnte, daß in Deutschland nicht mehr überall derjenige Sinn vorhanden ist, der bereit ist, alles an die Ehre, Sicherheit und Zukunft Deutschlands zu setzen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, ist die Militärverwaltung bemüht gewesen, die Abstriche an denjenigen Punkten vorzunehmen, bei denen eine Störung des organischen Baues der ganzen Vorlage nicht zu befürchten war. Immerhin ist der Abstrich sowohl an Mannschaften als an Mitteln ein erheblicher, nämlich  $\frac{1}{3}$ . Es ist deshalb unbegreiflich, wie man der Regierung vorwerfen konnte, sie hänge stark an ihrer Forderung und wolle alles oder nichts. Wir sind so weit zurückgegangen als möglich, aber nur so weit, daß wir noch das Wesentlichste erreichen zu können hoffen, daß wir den vaterländischen Boden frei halten von einem feindlichen Einfall (Beifall rechts), und daß wir das Genügende, welches die deutsche Politik seit 20 Jahren zu Gunsten des Friedens in die Waagschale zu legen hatte, auch weiter in die Waagschale legen können, damit wir unsere Stimme im europäischen Kreise ebenso laut wie früher erklingen lassen können. Die Verhältnisse haben sich zu unseren Ungunsten geändert. Die Franzosen haben ihre Präsenz um 18 000 verstärkt und sich ein Cadres-Gesetz geschaffen, in welchem sie in großem Umfange das erreichen, was wir erreichen wollen, und Ausland hat unbehindert durch parlamentarische Rücksichten seine Wehrkraft vermehrt. Während Frankreich personnel am Ende der Verstärkung angekommen ist und nur noch pecuniäre Mittel zur Verbesserung der aufgestellten Formationen verwenden kann, ist Ausland noch nicht an der Grenze seiner personellen Leistungen angekommen. Deshalb ist es sehr weit gegangen, wenn  $\frac{1}{3}$  der Vorlage aufgegeben wird; weiter konnten wir nicht gehen, ohne Deutschland zu schädigen. Das wäre geschehen, wenn wir die früher vorgelegten Anträge angenommen hätten. Wir wären dann auf den Weg der Militz gekommen, deren charakteristisches Kennzeichen die kurze Dienstzeit und die geringen Cadres sind. Wir sind durch die Einschränkung der Forderung den Wünschen entgegengekommen, welche sich auf die Windthorst'schen Resolutionen stützen und die allgemeine Wehrpflicht nicht zu schroff durchzuführen wollten. Die Befürchtung, daß wir auf Untaugliche zurückgreifen müßten, war der früheren Vorlage gegenüber ungerichtet und ist dieser Vorlage gegenüber noch weniger gerechtfertigt, da wir einen Ueberschuß von 90—100 000 Tauglichen haben werden. Man sagt, wir könnten noch warten, denn die Lage sei doch nicht gespannt. Aber wenn die Einwohner eines Flusses, die wissen, daß im oberen Laufe desselben das Hochwasser aufgetreten ist, sich schützen wollen, dann werden sie mit dem Dammbau nicht warten, bis das Hochwasser herangekommen ist. Eine Verfassungsänderung zu Gunsten der zweijährigen Dienstzeit müßten die verbündeten Regierungen ablehnen. Denn in kurzen Worten läßt sich das, was gesagt werden muß, nicht sagen. Deshalb ist die Verfassung nicht der richtige Platz dafür, und auf fünf Jahre ist die zweijährige Dienstzeit festgelegt worden, wie es wohl kaum klarer und bestimmter geschehen kann. Die Festlegung der zweijährigen Dienstzeit über die fünf Jahre hinaus ist nur eine Frage von theoretischem Werth. Denn wenn sich die zweijährige Dienstzeit unter den geforderten Kompensationen bewährt, dann wird keine Regierung davon zurücktreten können; wenn sie sich aber nicht bewähren sollte, dann wird keine Volkvertretung so schädigend und vaterlandsverrathend sein, an derselben fest zu halten; dann wird eine neue Vereinbarung herbeigeführt werden müssen. Wir müssen die Kompensationen haben, wenn die zweijährige Dienstzeit weiter dauern soll, und fünf Jahre sind die kürzeste Zeit, deren wir bedürfen, damit sich die Armee in die Sache einlebt. Ich wende mich nun der Deckungsfrage zu. Die Vörsensteuer, die Biersteuer und die Branntweinsteuer haben große Opposition gefunden, die sich bei den Wahlen vielleicht noch verstärkt hat. Die Gesetzentwürfe sind nicht wieder vorgelegt, sie gehören einer vergangenen Zeit an. Es war unsere Pflicht, neue Steuern zu suchen und im Verein mit der preussischen Finanzverwaltung sind wir vorgegangen. Wir haben drei Grundfälle aufgestellt: Einmal wollen wir versuchen, die Vörsensteuer anders und ausgiebiger zu gestalten (Zustimmung rechts, bei den Antisemiten, und im Zentrum), Sodann die Steuern, deren wir bedürfen, auf die leistungsfähigsten Schultern zu legen und die schwächeren Kräfte zu schützen, (Beifall rechts und im Zentrum; Heiterkeit links) und angedacht der schweren Nothlage der Landwirtschaft wollen wir diese von neuen Steuern freilassen. (Lebhafte Beifall rechts; Lachen links.) Bei dem komplizierten Mechanismus des Reiches sind wir noch nicht im Stande, andere Vorlagen zu machen. Es werden noch Monate darüber vergehen, ehe wir so weit sind. Ich kann mich nicht als einzelner Mensch darüber äußern, denn ich weiß nicht, was der Bundesrath beschließen wird. Ich würde auch mit jedem Wort, das ich sagte, einen großen Sturm erregen, der die Sache nur erschwert. Ich muß deshalb an Ihren Glauben an uns appellieren, nur auf diesem Wege können wir weiter kommen. Wir haben aber ein dringendes Interesse, schnell weiter zu kommen. Das Septennat läuft am 31. März 1894 ab, und es muß etwas anderes an die Stelle gesetzt werden. Wir müssen die 50 000 Rekruten mehr jetzt zum Herbst einstellen, wenn sich die Lücke nicht auf lange Jahre hinaus füllbar machen soll; denn es ist ein Irrthum, daß die Vorlage nicht schon für jetzt eine Verstärkung schafft. Früher wurde die Mobil-

machung begonnen mit der Herbeiführung der Kriegsbereitschaft, es wurden Pferde für die Artillerie angeschafft u. s. w. Die Vorlage schafft uns die Kadres und vermindert den Pferdebestand unserer Artillerie, so daß wir 14 Tage nach dem Erlaß der Vorlage anders in den Krieg gehen können als bisher. Ferner wünschen wir, daß die Bewegung, welche durch die Militärvorlage entstanden ist, endlich zur Ruhe komme. Die staatsbehaltenden Parteien haben kein Interesse daran, die Unruhe zu vermehren. Auch wirtschaftlich ist das wünschenswert, denn die Unsicherheit der Zukunft befördert unser Erwerbsleben keineswegs. (Sehr wahr! rechts.) Man sagt wohl nicht zu viel, wenn man behauptet, was geopfert ist im Erwerbsleben infolge der Unsicherheit, wird so viel Millionen schon gekostet haben als die Annahme der Vorlage in einem Jahre kosten würde. (Widerspruch links.) Die letzte Ursache für die baldige Annahme der Vorlage ist die Rücksicht auf das Ausland. Das wird niemand behaupten wollen, daß unser Ansehen im Ausland durch die Verhandlungen über die Militärvorlage gewonnen hätte. Das Ausland kennt die deutsche Art wenig; es weiß nicht, daß der Deutsche da, wo es nicht um das Heimathes, sondern um das Staatsgefühl sich handelt, langsam von Gutsschluß ist. Man legt alles, was die Sache in die Länge zu ziehen geeignet ist, als Schwäche aus. Ich bitte Sie deshalb, vereinigen Sie sich mit den verbündeten Regierungen, machen Sie diesem Zustande ein Ende und geben Sie Deutschland das, was es braucht, um sich ruhig seines Daseins zu freuen, mit sicherem Blick in die Zukunft sehen zu können. (Beifall rechts.)

Abg. Payer (Süddeutsche Volkspartei): Die paar Stimmen, auf die es bei der Militärvorlage ankommt, hätte man bei einem Geschick auch schon vor ein Paar Monaten für die Vorlage empfangen können. Wer wolle bestreiten, daß die Mehrheit der deutschen Wähler sich gegen die Militärvorlage ausgesprochen hat? (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Wer wolle bestreiten, daß die gewählten Vertreter des Volkes Segner der Militärvorlage sind, (Wiederholter Widerspruch rechts) und daß auch manche Freunde der Vorlage nur aus Gründen der Staatsklugheit für dieselbe stimmen werden? Nie haben sich die Regierungen mehr getäuscht als bei dieser Wahl. In Bezug auf die Militärvorlage werden sie wohl die Schlacht gewinnen, aber verloren ist für sie das politische Spiel. Eine scharfe Verbitterung gegen den neuen Kurs ist bei diesem Wahlkampf zum Ausdruck gekommen, die den Regierungen zu denken geben mußte, und zwar auch in denjenigen Kreisen, die sich noch verpflichtet gefühlt haben, für diese Vorlage einzutreten. Ein scharfer Partikularismus ist die Signatur des vergangenen Wahlkampfes. Den Hauptgewinn aus diesem Wahlkampf haben die Vertreter der Sozialdemokratie und die Vertreter der landwirtschaftlichen Interessen davongetragen. Diese Interessen werden den nächsten 5 Jahren den charakteristischen Stempel aufdrücken. Der Reichskanzler hat ja heute vor dieser Interpellation eine bescheidene aber deutliche Verbeugung gemacht. Die Vertreter dieser Interessen haben es in der Hand, die ganze Gesetzgebung zu einer unsichtbaren zu machen, und sollte der gegenwärtige Reichskanzler ihre Wünsche nicht befriedigen, dann werden sie schon dafür sorgen, daß wenigstens sein Nachfolger ihnen den Gewinn prompt auszahlt. Die Lage der Nationalliberalen hat sich verschlechtert, trotz des Stimmenzuwachses, wegen ihrer Konzession an die Agrarier. Der Hauptpreis für die von der Regierung gemachten Konzessionen ist in der Vorlage bereits angedeutet. Man kann nicht leugnen, die Vorlage trägt die Keime einer gedeihlichen Entwicklung an sich. (Heiterkeit.) Dazu gehört, daß die Halbbataillone auf die Dauer nicht existieren werden. Diese Halbbataillone schreiben förmlich nach ihrer besseren Hälfte. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler wies auf die 90 000 Kriegstauglichen hin. Man wird in den 5 Jahren nicht ruhen, bis auch diese des Königs Rock tragen. Die Deckungsfrage hat der Reichskanzler sich sehr leicht gemacht. Die Verschiebung der Militärbeiträge auf die Einzelstaaten würde unweifelhaft gerade den kleinen Mann belasten, den die Regierung entlasten will. Es geht schon das Gerücht, daß man sich im Reiche nach einer anderen Hilfe umsieht. Man sagt, die Reichsregierung werde sich die Unterstützung des Mannes im preussischen Finanzministerium verschreiben, den man nach seinem Erfolge den Liebling der Götter und leider! leider! den Liebling der Agrarier nennen darf. Er wird wahrscheinlich ein Monopolchen bringen; welches, weiß er wohl selber noch nicht; aber wenn er es sucht, wird er es auch finden und zwar im Großen. Die süddeutsche Volkspartei hat ihre Stellung zur Militärvorlage nicht geändert. Wir sind prinzipielle Segner der Vorlage nicht bloß aus technischen und finanziellen, sondern auch aus politischen Gründen. Wir lassen uns in unserer Stellungnahme nicht beirren durch die Andeutung des Reichskanzlers, daß wir keine staatsbehaltende Partei seien. Wir haben in dieser Beziehung ein sehr gutes Gewissen. Wir befürchten auch nicht, daß eine Ablehnung der Vorlage unsere Stellung im europäischen Kreise erschüttern könnte, im Gegenteil, wir erwarten davon eine Befestigung unserer Stellung. (Zustimmung links; Lachen rechts.) Was die geschäftliche Behandlung der Militärvorlage betrifft, so halte ich eine kommissarische Berathung derselben nicht mehr für notwendig. Was Monate nicht geklärt haben, werden ein paar Tage erst recht nicht klären. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. v. Mantensfel (dl.): Die Stellung Deutschlands im europäischen Kreise wird sich nicht durch die Ablehnung der Vorlage, wie der Vorredner behauptet hat. Während er sonst manche Behauptung zu begründen versucht hat, ist er bei dieser wichtigen Behauptung die Begründung schuldig geblieben, weil sie nicht begründet werden kann. (Sehr richtig! rechts.) Herr Payer scheint sich über die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen zu freuen. Das kennzeichnet seine Partei und die ihm nabestehende freisinnige Volkspartei. Aus seinen Worten geht aber eine große Angst hervor vor den Agrariern und vor dem Bunde der Landwirthe. Das kann sich der Bund der Landwirthe nur zur Ehre anrechnen. Es wird die Herren vom Bunde der Landwirthe vielleicht zu noch eifrigerer Arbeit anspornen. Der Vorredner befürchtet, daß die Vorlage sich noch weiter auszuweiten würde, daß die Halbbataillone ihre bessere Hälfte finden würden, wozu die noch übrigen 90 000 tauglichen Mannschaften bestimmt sind. Früher meinte Herr Payer, daß zu wenig Mannschaften vorhanden sind, jetzt scheinen ihm zu viel zu sein. Das ist die Logik des Herrn Payer. Wir und meinen politischen Freunden wäre es lieber gewesen, wenn die verbündeten Regierungen nicht den Antrag Guene als Wahlparole proklamirten, sondern an ihrer Vorlage festgehalten hätten, zumal die Verhältnisse sich inzwischen noch wesentlich zu unseren Ungunsten verschoben haben. Wenn durch solche geringe Vorkommnisse in Paris, durch Studentenkravalle, eine Regierung wie die französische sich erschüttern lassen kann, wie kann man da auf die Steingait der Verhältnisse vertrauen? Bei den Wahlen hätte sich die Sachlage kaum ungünstiger gestaltet, wenn man die ursprüngliche Vorlage aufrecht erhalten hätte. Wir haben unsere Bedenken gegen den Antrag Guene fallen lassen, weil uns die Sicherheit Deutschlands und die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens höher stand als unsere besonderen Bedenken. Nun muß ich mich noch einige Augenblicke mit der Deckungsfrage beschäftigen. Wir haben jetzt keine Vorlagen und die Jahreszeit ist auch so weit vorgeschritten, daß es schwierig sein würde, einen beschlußfähigen Reichstag auf die Dauer festzuhalten. Wir müssen

jeht nothwendig im Herbst die Mittel bewilligen und müssen uns mit Natrikularumlagen behelfen; ich würde es freilich vorziehen, im Wege der Anleihe die Mittel zu beschaffen (Widerspruch links); dadurch würde eine gerechtere Vertheilung erfolgen. Auf die Dauer können wir die Natrikularumlagen aber nicht aufrecht erhalten. Wir müssen jetzt den verbündeten Regierungen gewissermaßen einen Blankowechsel geben für die Deckung der Kosten, dessen Einlösung uns nachher recht un bequem sein kann. Ein solches blindes Vertrauen auf die Regierung wird ein großer Theil unserer Wähler nicht verstehen. Die Wahlparole war gerade in Bezug auf die Steuerfrage eine ziemlich scharfe. Die Konservativen haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie sich in Bezug auf diese Frage als eine von der Regierung vollständig unabhängige Partei erweisen werden. (Widerspruch links.) Die Konservativen verdanken ihre Stimmen nicht allein dem Eintreten für die Militärvorlage, sondern auch ihrem Verhalten in Steuerfragen. Die konservative Partei ist auch die einzige Partei gewesen, welche für das Kleingewerbe und den Mittelstand überhaupt eingetreten ist, und sie wird an diesem ihrem Standpunkte festhalten. Daß die Vörsensteuer stärker herangezogen werden soll, ist für uns erfreulich. Ich kann dabei auf die Rede des leider nicht mehr dem Reichstage angehörenden Fraktionsgenossen Mehnert verweisen. Daß die Biersteuer und die Branntweinsteuer von der Bilsfläche verschwinden werden, hoffe ich nach der Ausführung des Reichstages. Ich will nicht ein Steuerbouquet vorsehen. Ich habe ja auch wie jeder andere eine Lieblingssteuer, z. B. die Inzeratensteuer. Ich will darauf ebenso wenig eingehen, wie der Reichskanzler. Seine Erklärung hat meinen Freunde mit besonderer Genugthuung erfüllt, namentlich daß die Reichsregierung in enger Verbindung mit der preussischen Finanzverwaltung vorgehen will. Ich hoffe, daß der preussische Finanzminister die Vorlage mit Glück vertheidigen wird. (Zuruf des Abg. Ricker: Sie lassen ja den Schahjekretär v. Malhahn, Ihren Fraktionsgenossen, fallen!) Der kann ja die Steuervorlagen auch vertheidigen. So schwere Bedenken wir auch gegen die Vorlage haben, so werden wir doch für die unveränderte Vorlage eintreten, weil wir die Sicherheit des Deutschen Reichs und des europäischen Friedens für nothwendiger halten als alles andere, und weil wir hoffen, daß nun wieder Frieden im Deutschen Reiche eintreten wird. (Beifall rechts.)

Abg. Liebknecht: Der Vorredner hat, um der Militärvorlage einen passenden Hintergrund zu geben, das Gespenst des unruhigen Frankreich an die Wand gemalt, als ob die Nothhosen mit einer gewaltigen Armee in Deutschland einfallen wollten. Die Pariser Kravalle haben absolut gar keine politische Bedeutung, sie sind durch junge Burschen der Bourgeoisie hervorgerufen worden und nur ein Beweis, wie saul und korrupt die herrschende Gesellschaftsklasse ist. Diese Erzeffe legen allen Deutschen in Frankreich nur den Gedanken nahe, daß für Frankreich jetzt eine Periode der inneren Reform begonnen hat, daß es eine Lebensfrage ist, den Panamaschwind mit allem, was daran klebt, wegzuschaffen, damit Frankreich endlich einmal der Herrschaft des Agrariertums, der Schutzhölzer und der Kapitalistenklasse enttrifft wird. Daß der Reichskanzler unseren Agrariern so freundlich entgegenkommen würde, war nach dem Ausfall der Wahlen selbstverständlich. Im Uebrigen lag in den Worten des Reichskanzlers ein Widerspruch mit dem Wortlaute der Thronrede. Der Reichskanzler bezeichnet als aufgegeben die Bier- und die Branntweinsteuer. In der Thronrede aber heißt es, daß bei den verbündeten Regierungen die Ueberzeugung noch fortbesteht, daß die im Herbst vorgelegten Steuern vollkommen zweckmäßig und auch richtig aufgelegt waren. Dies kennzeichnet die absolute Rathlosigkeit in den Kreisen der Regierung; man weiß eben nicht, wie man das Geld schaffen soll. Man denkt, nur erst die Vorlage bewilligt, dann wird man schon leistungsfähige Schultern finden. Nur die Herren Agrarier halten sich möglichst fern von der Steuer (Sehr richtig! links), die anderen mögen bezahlen. Denn das werden sie uns nicht weismachen, daß sie die Militärvorlage nicht speziell in ihrem Klasseninteresse nöthig haben, daß sie die große Armee wollen aus Angst vor dem Auslande, weil sie sich vor den Russen und Franzosen fürchten. Nein, sie wollen sich in der Gewalt stützen, weil sie in der Armee das Werkzeug haben wollen, um ihre Zwecke zu erreichen (Großer Lärm rechts; Rufe: Unsum! phui!) Im Uebrigen läßt sich über die Militärvorlage kaum noch etwas Neues sagen. Auf der einen Seite heißt es, die politische Lage nach außen ist eine durchaus friedliche, auf der anderen, wir brauchen mehr Soldaten nach dem Grundjah: si vis pacem, para bellum. Wer den Frieden haben will, muß sich für den Krieg vorbereiten. Auf militärtechnische Fragen lasse ich mich hier nicht ein. Es handelt sich nur um die einfache Frage, sind die Gründe, welche für die Vorlage vorgebracht worden sind, ausschlaggebend oder nicht? Im Jahre 1870 waren wir Frankreich doppelt überlegen, jetzt sind wir es nicht mehr. Warum aber? Weil Frankreich unser Militärsystem konsequenter durchgeführt hat als wir selbst. Da sollen wir nun nachkommen, und so haben wir eine Schraube ohne Ende. Wir werden nach Bewilligung dieser Vorlage in einem Vierteljahr das Schauspiel erleben, daß Frankreich uns nachkommt und überholt, und dann kommt wieder eine neue Militärvorlage mit derselben Begründung wie die jetzige. Nicht die Größe der Zahlen, sondern das Verhältniß der Zahlen ist das Entscheidende. Man spricht von einem Krieg gegen zwei Fronten. Gut, verbindet sich aber Frankreich mit Ausland, dann hat es eine weit unvorteilhaftere Stellung als wenn es allein steht. Im letzteren Falle wäre es möglich, daß Deutschland ohne Bundesgenossen wäre, während wir im andern Falle sicher Bundesgenossen hätten. Es wird mir Niemand weismachen, daß Ausland aus Liebe zu Frankreich einen Krieg gegen Deutschland beginnen wird. Ausland hat getreu dem Testament Peter's des Großen nur ein Interesse daran, daß Frankreich und Deutschland sich gegenseitig zerfleischen, um auf der Balkanhalbinsel, in Konstantinopel und auf den Dardanellen im Trüben zu fischen. In diesem Falle sind aber die anderen Mächte ebenso bedroht, wie wir. Der Dreibund ist bei der früheren Militärdébatte in der Versehenung verschwunden. Wir können uns weder auf Italien noch auf Oesterreich verlassen. Tritt aber Russland in Aktion, dann muß Oesterreich den letzten Mann und den letzten Gulden gegen Russland opfern, denn dann ist seine Existenz bedroht. Das Gleiche gilt von der Türkei. Beide hätten wir also in der Hand. Hätte der russische Kugel bei den türkischen Diplomaten nicht gewirkt, so hätte Russland seinen letzten Krieg gegen die Türkei überhaupt nicht siegreich zu Ende führen können. Auch die Polen würden ins Spiel kommen. Die Polen liebäugeln ja selbst mit der Regierung, obgleich es für ein Volk, welches in dieser Weise behandelt worden ist, eine traurige Taktik ist, statt an die Sympathie der Völker sich zu wenden, unter das Joch der Regierungen sich zu beugen. Aber die Polen werden zweifellos im Falle eines Krieges mit Russland und Frankreich den Ausfall geben. Dazu kommt, daß das liberale England bei einem Rosbruch Russlands gegen Konstantinopel genöthigt sein wird, für Deutschland und gegen Russland einzutreten. In diesem Falle würde aber Deutschland die See frei haben und Frankreich von der See abgeschnitten werden. Die englische Flotte ist im Stande, von der deutschen unterstützt, die russische und französische Handelsflotte in den Häfen festzuliegen

und beiden Nationen die Getreidezufuhr abzuschneiden. Frankreich würde ausgehungert werden und nicht in der Lage sein, überhaupt auf die Dauer Krieg führen zu können. Man stellt uns Russland, was seine Kriegsmacht betrifft, immer als einen gewaltigen Koloss hin. Russlands Armee steht auf dem Papier und man spricht von einem Koloss auf thönernen Füßen. Wie jammervoll ist die Verpflegung der russischen Armee, wie erbärmlich das Offiziers- und Unteroffizierspersonal, wie tief stehen in geistiger Beziehung die russischen Soldaten, wie schlecht sind alle Verkehrswege, wie schwierig ist es den Russen, auch nur eine kleine Armee auf einen Punkt zu dirigieren! Gewiß, das Volk muß wehrhaft sein, wird aber dieser Zweck durch die Militärvorlage erreicht? Diese Vorlage garantiert uns nur 4 400 000 Mann, während nach dem System der Volksheweere 8 1/2 Millionen wehrfähiger Mannschaften dem Vaterland zur Verfügung stände. Unsere ganze moderne Kriegführung ist ja revolutionären Ursprungs. Glauben Sie denn, daß ein Mann, der nicht von Jugend auf gymnastisch und in der Übung der Waffen vorgebildet ist, binnen 2 oder 3 Monaten zu einem so tüchtigen Soldaten herangezogen werden kann, wie derjenige, der schon in der Schule angefangen hat zu schießen. (Großes Gelächter rechts.) Mögen Sie nur lachen, ich will Ihnen nicht wünschen, daß Sie dazu kommen, einmal sich messen zu müssen, Person gegen Person, mit einem jener schweizerischen Wehrmänner. Ein Volk, das in seiner Gesamtheit von Jugend auf in den Waffen geübt ist, ist unbesiegbar. Ein Volk in Waffen ist unüberwindlich. Das zeigen uns die Bauern der Vendée; es war für die französische Armee vollständig unmöglich, sie zu bewältigen, es mußte, nachdem verschiedene Male die Stille des Kirchhofs hergestellt war, ein Vergleich geschlossen werden. Der Abg. Payer hat sich sehr abfällig über das Militärsystem geäußert. Vor Kurzem war seine Partei noch dafür eingetreten, sie ist aber jetzt auch verbourgeois. 1848 ist das Bürgerthum noch für das Militärsystem eingetreten. Aber heute legen sich die kapitalistischen Klassen, und dazu gehören auch die Agrarier, für die Militärvorlage ins Zeug, weil sie ihre Masseninteressen erkannt haben, weil neben der kapitalistischen Entwicklung seit 1848 eine sozialistische Bewegung entstanden ist, und gegen diese brauchen Sie die Armee. Militz ist das bewaffnete Volk; das Volk wird sich nicht selbst erschließen. Sie fürchten die drei Millionen, die bei Einführung eines Volksheweeres Gewehre und Patronen haben und ihre Waffen gebrauchen können. An die Sozialisten und Franzosen denken Sie nicht, sondern an die Sozialisten. Außerdem betrachten Sie die Vorlage von einem anderen Gesichtspunkte als das Volk. Sie bekommen die neuen Offizierstellen, Sie brauchen Ihre Söhne nur ein Jahr dienen lassen, das Volk muß die Blutsteuer leisten, es muß die Steuern zahlen. Die Majorität, welche die Militärvorlage durchdrücken will, wird auch dafür sorgen, daß die Steuern auf diejenigen Schultern gelegt werden, auf die sie sie gelegt haben will. Sie würden ja die ersten sein, die als Vertreter der politischen Macht die Gesetzgebung nicht so benutzen wollten, daß die Arbeitergroßen in ihre Taschen wandern. Sagen Sie doch: wir geben die Liebesgabe preis. Dann haben wir einen Beweis, daß Sie nicht nur Ihren Vortheil wollen, sondern daß Sie wirklich an das Vaterland denken. (Lärm: Börsensteuer!) Da helfen wir Ihnen, aber wir werden nachweisen, daß die Ausbeutung, welche Sie betreiben, der Kornwucher, noch viel schlimmer ist als die der Börse. (Präsident v. Levetzow: Ich kann nicht zulassen, daß Sie gegen Mitglieder dieses Hauses den Vorwurf erheben, daß sie Wucher treiben. Ich rufe Sie zur Ordnung.) Die Situation in Bezug auf die Militärvorlage ist hier heute ungefähr dieselbe, wie ein paar Minuten vor der Auflösung. Wäre damals kein Schlußantrag gekommen, dann hätte der Handel schon vor zwei Monaten abgeschlossen werden können. Die Lage der Regierung ist allerdings eine ungünstigere geworden und die Parteien, welche jetzt die Militärvorlage bewilligen, werden ihr die Hölle schon heiß machen. Außerdem hat der Wahlkampf dazu geführt, Aufklärung über die Natur des Militarismus und über die Zustände, aus denen er hervorgegangen ist, in das deutsche Volk zu werfen. Der Wahlkampf hat gezeigt, daß die Mittelparteien immer mehr verschwinden, die extremen Parteien sind es, zwischen welchen prinzipiell der Kampf wird ausgetragen werden müssen. Derjenige, welcher will, daß sich die Dinge in Deutschland friedlich, ruhig und allmählich lösen, wird mit dem Resultat des Wahlkampfes nicht zufrieden sein können. Der neue Kurs hat sich wenigstens darin gezeigt, daß die früheren Praktiken von oben herab nicht mehr vorgekommen sind. Die heutige Wahl war nicht eine solche wie 1867, wo man mit dem Kriegsgespensst, oder wie die von 1873, wo man mit dem tothen Gespenst drohte. Aber die Parteien haben den Wahlkampf mit einer Intenität geführt, die weit größer war als zu Bismarck's Zeiten, damals überließen sie das der Regierung; aber auch heute ist der Beamtenapparat in geradezu unerhörter Weise in Bewegung gesetzt worden. (Präs. v. Levetzow: Ich muß Sie bitten, bei der Sache zu bleiben.) Ich würde nicht so darauf eingegangen sein, wenn die Vorredner es nicht auch gethan hätten. Das Volk hat sich mit großer Mehrheit gegen die Militärvorlage erklärt. (Widerpruch rechts.) Wenn das hier im Reichstage nicht so hervortritt wie außerhalb, so liegt das an der Mangelhaftigkeit unseres Abstimmungs- und Vertretungswesens und der Wahlkreisvertheilung. Wäre die Regierung mit dem Wahlresultat zufriedener gewesen, so würde das auch in der Thronrede Ausdruck gefunden haben. In dieser wird davon gesprochen, daß die Herstellung einer ausreichenden wirksamen Vertheidigung des Vaterlandes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln erstrebt werden müsse. Das ist ein Ausdruck, der noch aus den Zeiten des Sozialistengesetzes her in aller Gedächtnis sein muß. Damals erklärte der sozialdemokratische Kongress auf Schloß Byden 1890, daß die Sozialisten gegenüber dem Ausnahmengesetz mit allen Mitteln ihr Ziel verfolgen würden, während bis dahin im Programm gestanden hatte, „mit allen gesetzlichen Mitteln“. Das wurde sofort von der bürgerlichen Presse fruktifiziert und die „Kreuzzeitung“ schrieb damals, in diesen Worten sei auf einen Staatsstreich hingedeutet. Die Drohungen mit Staatsstreich oder Revolutionen, sie mögen von unten kommen oder von oben, sie haben das gemein mit einander, es ist ein Bruch des Gesetzes und der Verfassung, und jede Verpfichtung des staatlichen Gehorsams ist aufgehoben. Der soziale Vertrag ist gelöst, es ist der Bürgerkrieg proklamirt. Es ist gesagt, wenn eine Majorität für die Militärvorlage zustimmt, dann wird das allgemeine Wahlrecht nicht beschränkt werden. Aber diejenigen Parteien, welche die Militärvorlage befürworten, sind ja gerade diejenigen, welche gegen das allgemeine Wahlrecht sind. Das allgemeine Wahlrecht ist ein Grundrecht des deutschen Volkes, es ist das einzig Gute, was die Macht des Deutschen Reiches dem deutschen Volke gebracht hat. Die Deutschen sind dadurch politisch mündig geworden. Nicht die Armee hält Deutschland zusammen, sondern das allgemeine Stimmrecht. Mit dem allgemeinen Stimmrecht ist zugleich die Möglichkeit proklamirt, den Willen des Volkes gesetzlich zur Geltung zu bringen. Was nun die Militärvorlage betrifft, so ist von vornherein kennzeichnend, daß denen, die sie nicht annehmen wollen, der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gemacht wird. Wir glauben patriotischer zu sein als Sie (rechts), denn wir lieben unser Vaterland, obwohl es uns bis jetzt keine Liebesgaben gegeben hat. Aber das Vaterland muß auch Liebe verdienen, wenn es geliebt werden will. Doch nur einigen Klassen, nicht dem ganzen Volke gegenüber hat es sich liebenswürdig gezeigt. Das Land, das von seinem Volke geliebt wird, ist unüberwindlich. Ein Volk, das wirtschaftlich stark ist, ist viel leichter kampfbereit, als ein solches, das durch den steigenden Militarismus, durch den bewaffneten Frieden schon vorher zu Grunde gerichtet ist. Auf dem Wege der jetzigen Vorlage gerathen wir immer tiefer in den Sumpf und in den Bankrott, und schließlich wird gerade durch die Größe der militärischen Rüstungen ein so unerträglich Zustand geschaffen, daß wir in den Krieg stürzen, den zu verhüten

angeblich der Grund der Vorlage ist. Der Militarismus rettet uns nicht vor einem Kriege. Wer den Frieden will, soll nicht den Krieg, sondern den Frieden vorbereiten. Die Regierung soll einlenken und ihre Neigung zum Frieden und zu einer Abrüstung den übrigen Völkern kund thun. Der österreichische Kollege des Reichstanzlers hat sich im Prinzip schon für eine Abrüstung ausgesprochen. Voilà, die Zeit ist da! Frankreich ist mit inneren Angelegenheiten so in Anspruch genommen, daß es jetzt mehr als jemals geneigt sein würde, seine Stimme einem solchen Vorschlag zuzuneigen. Wird der Vorschlag zurückgewiesen, nun dann hat die deutsche Regierung unendlich mehr gewonnen an Ansehen und Kraft als durch diese und zwanzig andere Militärvorlagen (Zustimmung links. Lachen rechts.) Daß Sie darüber lachen, ändert nichts daran. Wir werden gegen die Vorlage stimmen (Lachen rechts.) ohne Kompromiß irgend welcher Art. Wir sind prinzipiell gegen den Militarismus überhaupt, und wir handeln damit im Interesse unseres Vaterlandes und der Zivilisation, welche dem Menschen eine höhere Aufgabe zuzuwenden hat, als sich für den Massenmenschenmord vorzubereiten. (Lachen rechts.) Die Drohung einer zweiten Auflösung schreckt uns nicht; läge es in unseren Händen, wir würden alles anbieten, um diese Drohung zu verwirklichen. Die Majorität des Volkes hat sich bereits für uns erklärt. Sie (zur Rechten) gebrauchen häufig das Wort; man soll die Stimmen wägen und nicht zählen. Zählen wir unsere und Ihre Stimmen, so haben wir schon eine kleine Majorität, wenn wir sie aber wägen, so haben wir eine Majorität von Millionen. (Große Heiterkeit rechts.) Ihre Wähler stehen unter wirtschaftlichem Einfluß und sind noch zu keiner Selbständigkeit gelangt; und das ist ebenso bei den Agrariern wie bei den Kohlenbaronen. Ihre Wähler werden mit dem Stimmzettel in der Hand zur Wahl geführt und gelten im wahren Sinne des Wortes — damit will ich die Wähler nicht beschimpfen — als Stimmvieh. (Und Sie? rechts.) Das machen wir nicht, aber Sie appelliren an solche Instinkte des Volkes, an Gehorsam und an mangelhafte geistige Entwicklung der Wähler. (Oh! rechts.) Diese sind für uns nicht zu haben, aber für die andern, die da mehr bieten. So haben Sie Akhwardit gewählt und werden ihn nicht mehr los, so haben Sie den Antisemitismus gefächert. Ihre Partei hat wahrlich keinen Grund, sich über die Erscheinungen bei dieser Wahl zu freuen. Ihre Wähler fangen an sich zu fragen: was haben die, die uns bisher zur Wahlurne geschleppt haben, für uns gethan? (Unruhe rechts.) Und weiß sie noch nicht so weit sind, zu den Sozialdemokraten zu kommen, kommen sie zu den Antisemiten. Die versprechen ihnen etwas, geben ihnen ein einfaches Rezept: schlagt die Juden todt, und das läßt sich begreifen. So wollen Sie auch das Handwerk durch den Antisemitismus retten. Die Sozialdemokraten sind bereit gegen den Antisemitismus. (Lachen rechts.) Aber Ihre Wähler werden gerade wie in Sachsen, wenn die Kulturionne über Ihre Gegenden etwas heller scheint, auch dem Antisemitismus anheimfallen, und dem Sozialismus der Dummen folgt dann der Sozialismus der Besessenen, derer die da wissen, was sie wollen, und nicht für andere die Kasernen aus dem Feuer holen. Gleich wie mit den Herren im Zentrum, wo die Herren Junker von der demokratischen Masse befreit sind, so wird es auch mit Ihnen gehen. Der Antisemitismus ist Ihre Strafe. (Auf rechts: Aber eine sehr gnädige!) Bei einer neuen Auflösung würden wir mit verstärkter Macht hierher kommen. Wir sagen zur Vorlage Nein ohne irgendwelche Verlausulirung, wir bewilligen keinen Groschen und keinen Mann. Für Kompromisse sind die Sozialdemokraten nicht zu haben, wir lassen nicht mit uns handeln, wissen aber, wie wir zu handeln haben. Die Thronrede hat noch ein Nachspiel gehabt, es war da vom alten Gott die Rede. Die alten Götter gehen, aber die neuen Götter kommen, und dem neuen Gott des Sozialismus gehört die Welt und die Zukunft. (Lärm. Lachen. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Stamm (D. N.): In einer Zuschrift an den „Vorwärts“ heißt es, daß der richtige Sozialdemokrat Vaterland und Dynastie nicht anerkennt. Bringe ich das in Verbindung mit dem Vorschlage, Elsaß-Lothringen an Frankreich abzutreten, mit der unter dem Jubel der Proleten erfolgten Wahl Bebel's in Straßburg, so ist es selbstverständlich, daß wir uns bei der Frage nach dem, was für das Wohl des Reichs notwendig ist, nicht an die Rückschlüsse der Sozialisten halten. Wer hat in Preußen die progressive Einkommensteuer geschaffen und die beschloßene Klasse von der Steuer befreit? doch die besitzenden Klassen! (Widerpruch links) denn im preussischen Abgeordnetenhaus sitzt kein Sozialdemokrat. Die Sozialisten sprechen immer von zwei Volksklassen, von den Ausbeutern und Ausgebeuteten. Herr Liebednecht hat nur diejenigen vergessen, die den Arbeiter ausbeuten nicht durch die Arbeit, sondern durch die vergebenden Agitatoren (Widerpruch bei den Sozialdemokraten). Wenn eine Revolution ausbrechen sollte, so würde die Armee auch in der jetzigen Verfassung zehnmal stark genug sein, um sie niederzuschlagen. In Erkenntniß dessen, daß es so ist, ist auch die Revolution unterdrückt (Widerpruch links, Zustimmung rechts). Frankreich stellt den letzten Wehrfähigen ein; deshalb müssen wir auf unserer Seite weiter als bisher gehen. Meine Freunde stehen voll und ganz auf dem Standpunkte der Regierungsvorlage, aus militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen. Die vierten Bataillone sind notwendig, um die Mobilmachung zu fördern, weil wir jetzt keine Offiziere für die Kadres in genügender Anzahl haben. Auf die Vorzüge in Paris lege ich nicht so viel Gewicht; aber aus dem Ton der französischen Presse geht hervor, daß die Franzosen nur darauf warten, daß sie Revanche nehmen können. Der Dreißig ist allerdings vorhanden; aber wenn die Vorlage abgelehnt wird, dann wird unsere Stellung in demselben ebenso geschwächt, wie sie verhärtet wird, wenn die Vorlage angenommen wird. Durch die Ablehnung der Militärvorlage ist der gewerbliche Aufschwung, der sich im vorigen Jahre eingestellt hatte, wie mit einem Schlage vernichtet, und wenn die Verhältnisse nicht weiter zurückgegangen sind, so verbannt das Erwerbslose das nur dem energischen Entschlusse der Regierung, welche den Reichstag auflöste. (Gelächter links.) Als die Wahlen so ausfielen, daß die Annahme der Vorlage gesichert schien, befestigte sich die Zuversicht auf Besserung und es wird von Ihnen (links) abhängen, ob die Besserung erhalten wird. (Lachen links.) Man hat der Regierung vorgeworfen, daß sie unnothiger Weise den Reichstag aufgelöst hätte; das ist aber nicht richtig, denn nach allen Berechnungen wären durch die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit nur 20 Stimmen vielleicht gewonnen worden, während die konservative Partei dann gegen die Vorlage gestimmt hätte. Die Wahlen haben für die konservativen Parteien eine Zunahme mit sich gebracht. Die Wahlen sind zu gunsten der Militärvorlage ausgefallen. Ich spreche nicht von den großen Verlusten der freisinnigen Partei. Glauben Sie aber, daß alle diejenigen, welche für einen Sozialdemokraten oder einen Zentrumsmann ihre Stimme abgegeben haben, damit gegen die Militärvorlage gestimmt haben? (Heiterkeit links.) Man hat vielfach den Zusammenhang der Partei für wichtiger gehalten und deshalb die Militärvorlage mehr in den Hintergrund gestellt. Man sprach von der Gefährdung des allgemeinen Stimmrechts, von der Reaktion, von der Erneuerung des Kulturkampfes u. s. w. Die Erzählungen von den schauerhaften Wahlbeeinflussungen kommen bei jeder Wahlbewegung vor. In meinem Wahlkreise hat eine förmliche Vereinerung für die Militärvorlage geherrscht und die große Mehrheit, mit der ich gewählt worden bin, verdanke ich nur der Rede Liebednecht's in Lübböck (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Da haben die Arbeiter erkannt, daß ich doch nicht so schlimm bin, wie Liebednecht mich gemacht hat. (Heiterkeit links.) Wenn wir im Herbst wieder zusammenkommen, so hoffe ich, daß wir Steuern finden, welche die Land- und den Lurus belasten, welche aber die Landwirtschaft und die breiteren Volksschichten thunlichst frei lassen. Nachdem die Militärvorlage jetzt erledigt sein wird, werden wir uns in Ruhe über die Steuervorlagen vereinbaren

können. Ich sehe natürlich voraus, daß die Mehrheit für die Steuervorlagen nicht bei den Herren (nach links deutend) sein wird, die die Militärvorlage ablehnen. Eine schleunige Erledigung der Militärvorlage ist dringend wünschenswerth. Nach der gründlichen Verathung im aufgelösten Reichstage kann man von einer Ueberführung nicht mehr sprechen. Es kommt darauf an, das Vertrauen unser Verbündeten wieder zu kräftigen und das Vertrauen des Erwerbslebens wieder zu heben. Das mobile Kapital hat am allermeisten Interesse gehabt, gegen einen feindlichen Einfall geschützt zu werden, denn die Werthpapiere kann man mit seiner eigenen Person in Sicherheit bringen. Interessirt an der Vertheidigung des Vaterlandes sind allein die Landbesitzer, die Geschäftskente, die ihre Erwerbsstätte nicht verlassen wollen. Ich kann die Hoffnung nicht unterdrücken: Möge der Genius Deutschlands mit neuer Kraft seine Schwingen erheben und über diesem Hause schweben zur Ehre und zum Ruhme unseres deutschen Vaterlandes. (Beifall rechts. Lachen links.)

Darauf wird um 4 1/2 Uhr die weitere Verathung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

## Parteinachrichten.

Ein seltsam Klagegeheiß wird in der „Volks-Zeitung“ von einem Mitgliede des fortschrittlichen Vereins „Waldeck“ ob der Hochachtung der privilegiirten Herren freisinnigen Wahlvereins-Vorsteher erhoben. Der Parteitag, der nächsten abgehalten werde, böte gerade den günstigen Moment, wo statt der oberen Zehntausend auch Arbeiter hätten mit rathen und thaten können. Aber es sei immer so gewesen, die Fühlung, die die Wahl mit diesen Kreisen gebracht habe, werde später nicht weiter gepflegt und auch vielfach mit Gewalt wieder aufgehoben. Bei den Wahlarbeiten habe man sich die Kräfte gefallen lassen, aber nach der Wahl habe der Mohr seine Schuldigkeit gethan!

Der Mann, der sich in solcher Weise über die freisinnige Parteileitung beschwert, muß in den letzten Jahrzehnten geschlafen haben, wenn er nicht weiß, daß in einer Partei, die ausgesprochen keinen anderen Interessen als den kapitalistischen dient, für Arbeiter einmal kein Platz sein kann. Es ist für die Herren Wahlvereins-Vorsteher gewiß angenehm, hier und da zur Wahlzeit auch einmal naive Gemüther zu schlepperdiensten zu bekommen, die man nicht zu bezahlen braucht; aber du lieber Himmel, was soll man nachher mit Arbeitern im Bezirksverein anfangen? Es ist selbstverständlich, daß sie dann so gut es geht hinausgegrault werden.

Der Fortschrittsmann, der sich unheimlich fühlt unter den Herren freisinnigen Parteivertretern erster bis dritter Güte, möge sich einmal den Schlaf aus den Augen reiben und sich über den Zustand der Dinge, wie sie sich entwickelt haben, orientiren. Er wird dann finden, daß ein Arbeiter nirgend anderswo sich wohl fühlen kann, als in der Partei, die sich einzig mit Recht Arbeiterpartei nennt, der sozialdemokratischen.

**Wiäffische Inubusiamkeit.** In Eiberfeld ist einer Parteigenosin, die am Wahltag sozialdemokratische Stimmzettel vertheilt hat, vom katholischen Kirchenkollegium mit dem Ausschluß aus der Kirche gedroht worden. Vernünftiger Weise hat die Genosin den Herrn Kirchenvorstehern die Unständigkeit der Exkommunikation dadurch vom Hals genommen, daß sie ihnen ihren freiwilligen Austritt aus der Kirche angezeigt.

**Verbreitung der sozialistischen Stimmen in Bayern.** Von den 48 Wahlkreisen Bayerns haben 33 über 5 pCt., 21 über 10 pCt., 10 über 20 pCt., 7 über 25 pCt., 4 über 30 pCt., 3 über 40 pCt. und endlich 2 über 50 pCt. sozialistische Stimmen bei der Reichstagswahl abgegeben. Rund gerechnet haben abgegeben: Nürnberg 57 1/2, München I 56 1/2, München I 45, Erlangen = Fürth 37, Speyer 29, Hof 29, Würzburg 27 1/2, Bayreuth 22 1/2, Augsburg 22, Kronach 20 1/2, Rosenheim 19, Bamberg 18, Regensburg 16, Neustadt B. N. 15, Ansbach 14, Aschaffenburg 13, Kaiserlautern 13, Nibach 11 1/2, Schweinfurt 11, Amberg, Reunburg v. N., Wasserburg je 10, Weilheim 9 1/2, Landau, Zweibrücken, Forchheim und Traunstein je 9, Kaufbeuren 8, Jertissen 6 1/2, Ingolstadt und Dillingen je 6, Lohr 5 1/2, Rißingen 5 pCt. sozialistische Stimmen (bei der Hauptwahl am 15. Juni.) Nur Niederbayern hat nirgends 5 pCt. sozialistische Stimmen erreicht. Doch sind Passau mit 4,8, ferner Landsbut und Deggendorf mit je 4 1/2 pCt. nicht weit darunter geblieben.

**Die Landtagswahl in Bayern,** so schreibt die „Frankf. Tagespost“, ist in ihrem Haupttheile, der Urwahl, vorüber. Das „freisinnig“-nationalliberale Kartell hat in Nürnberg eine so furchtbare Niederlage erlitten, wie sie ihm von seinem erdittersten Gegner nicht eklanter gewünscht werden konnte. Die politische Charakterlosigkeit der beiden bisher dominirenden Parteien ist von seite der wirklich freigesinnigen Wählerschaft verbittert worden, bestraft und die Prophezeiung des „Frankischen Kurier“, daß in der Landtagswahl der Freisinn beweisen werde, daß er noch nicht überwunden sei, zu Schanden geworden. Aber nicht bloß dem Kartell ist eine Niederlage obneqliehen bereitet worden, sondern auch das vorhinftüchtige Wahlgeseß, das indirekte Wahlverfahren und — nicht in letzter Linie — die verwerfliche Wahlbezirks-Geometrie unseres hochlöblichen Magistrats ist gerichtet. Das Mißverhältnis zwischen Urwahlstimmen und Wahlmännerzahl ist in die Augen springend. Von etwas über 21 000 Wahlstimmen treffen auf die Sozialdemokratie fast zwei Drittel, trotzdem muß sie sich mit 143 Wahlmännern gegen 116 begnügen. Nach der abgegebenen Stimmzahl gebühren ihr mindestens 170. Hätten übrigens alle Wahlberechtigten abstimmen können, wären nicht viele Hunderte von Wählern als „nicht eingetragen“ von den Urnen zurückgewiesen worden, hätten nicht mehrere Tausend wegen des ganz enormen Andranges in den Vorstadt-Wahllokalen gänzlich auf die Ausübung ihres Wahlrechts verzichten müssen, so wäre unsere Wahlmännerzahl eine um 28 Köpfe und die Zahl der Stimmen um wenigstens 3000 höhere. In Fürth stellt sich das Wahlergebnis bis jetzt folgendermaßen: In drei Bezirken hat unsere Partei gestift, in einem die „Partei Langhans“, in fünf findet heute Nachwahl statt. Für letztere ist eine Einigung zwischen der „Partei Langhans“ und den Freisinnigen zu Stande gekommen, sodas das Kartell hofft, die Sozialdemokraten in diesen fünf Bezirken zu besiegen; es werden in jedem Bezirke drei freisinnige und vier der „Partei Langhans“ gewählt. Die Volkspartei hat ihre Kandidaturen zu gunsten der Sozialdemokraten zurückgezogen. Im achten Bezirk, wo wir im ersten Gang die relative Mehrheit hatten, wurden gestern beim zweiten Gange 142 natf., 139 sog. und 20 freis. Stimmen abgegeben. In München II siegte, wie bekannt, die Sozialdemokratie mit 48 gegen 38 ultramontan-liberale Wahlmänner. In München I werden bis jetzt von 340 Wahlmännern 208 für die Liberalen, 84 für die Sozialdemokraten, 40 für die Ultramontanen gestift. In Schwabach wurden sämtliche von der Volkspartei aufgestellten Wahlmänner mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählt. In Bamberg (Stadt) siegten in 4 Bezirken die vereinigten Liberalen (in 2 bei der Nachwahl durch sozialdemokratische Hilfe), in 6 die Liberalen. In Weihenstephan sind 10 volksparteiliche Wahlmänner gewählt. In Kelheim sind 3 der gewählten Wahlmänner für ein Kompromiß, 3 für Sigl, 3 für das Zentrum. In Augsburg wurden in 12 Bezirken 69 liberale, in einem Bezirk 5 ultramontane und in 2 Bezirken 11 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt, 5 Bezirke fehlen noch. In der Nachwahl ist der Sieg der Liberalen wahrscheinlich. In Hof schließlich wurden 6 sozialdemokratische Wahlmänner gewählt.

Das Schweizerische sozialdemokratische Parteikomitee beschloß, bei den kommenden Erneuerungswahlen des Nationalrats sich möglichst selbständig am Wahlkampf zu beteiligen. Der diesjährige Parteitag soll am 26. und 27. November in Olten stattfinden.

**Wahlen und Sozialdemokratie in Italien.** Bei den letzten Gemeinderatswahlen in Mailand erhielt die sozialdemokratische Liste 1500 Stimmen, das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von 300 Stimmen. Die Stadt Imola hatte sich einen sozialistischen Gemeinderath erwählt; eine Sühne dieses Verbrechens war in Italien selbstverständlich und da die Regierung seinen andern Rath wußte, löste sie mit der üblichen Brutalität den Gemeinderath auf. Wie man sieht, geschieht von oben herab auch in Italien das Mögliche, um dem Sozialismus Bahn zu brechen.

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Wegen Verleumdung des Hamburger Nomen hatte sich am 1. Juli der Redakteur der „Sonntagszeitung“ Genosse Martin in Halberstadt zu verantworten. Die Sache war schon einmal verhandelt, aber vertagt worden, um vier Zeugen aus Frankfurt a. M. zu laden, welche über das dortige Auftreten des damaligen Affektors Dr. Nomen in den Anklagen gegen den Redakteur Hoch von der „Volkstimme“ Befragungen machen sollten. Es waren dies die Vorstehenden der beiden Strafkammern, der Verteidiger Hoch's und ein Gerichtsbevollmächtigter. Im übrigen handelte es sich um die bekannten Meineidsüngen. Auf Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Seine (Berlin), erklärte Dr. Nomen, daß er der Verfasser einer ohne Namen erschienenen Broschüre „Meineid und Sozialdemokratie“ sei. Es wurden darüber umfangreiche Ruffage und Zeitungstellen verlesen, aber unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Verhandlung endete mit der Beurteilung des angeklagten Redakteurs zu einer Geldstrafe von 500 M.

Der frühere Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund“, Genosse Eisenbeck, wurde vom Landgericht Braunschweig wegen Verleumdung der Herren v. Stephan und Griesbach zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Die Verleumdung wurde in einem „Das Alerneue aus dem Reiche des Herrn v. Stephan“ benannten Artikel gefunden, der in Nr. 235 des Blattes vom vorigen Jahr stand.

## Tokales.

**Der tüchtige Verkäufer.** Der „Konfektionär“ beschäftigt sich und seine Leser seit längerer Zeit mit Erörterung der Frage: Welche Eigenschaften muß ein tüchtiger Verkäufer eines Detailgeschäftes besitzen, um die Kunden zum Kauf zu bestimmen, und um das Interesse seines Chefs wahrzunehmen? Er hat im vorigen Jahre sogar ein Preisaus schreiben darüber erlassen und die 24 „besten“ Antworten veröffentlicht. Jetzt druckt er über dieses Thema aufs neue ein ihm zugegangenes Schreiben eines Berliner Detailkaufmanns der Manufakturbranche zustimmend ab, und bittet seine Leser, sich an der Diskussion, die er wiederum darüber anregen will, recht zahlreich zu beteiligen. „Neben den notwendigen Eigenschaften eines Verkäufers“, heißt es in dem Brief, „welche sind: Lebenswürdigkeit, Ausdauer, Ruhe, anständiges Auftreten und Aussehen, gehört auch zur Tüchtigkeit ein besserer Bildungsgrad, wie man ihn leider bei dem Durchschnittsverkäufer nicht oft genug findet. Der Verkäufer muß nicht einseitig sein, mit einer Bauer'sfrau „plattdeutsch“ reden und im nächsten Moment mit einer gebildeten Dame sich unterhalten.“ Weiter heißt es: „Der Verkäufer muß auch Menschenkenner und, was noch wichtiger ist, Schauspieler sein. Er muß sich theilnehmend nach der Trauer erkundigen, auch eventuell eine Thräne gedrückt, jedenfalls aber ein betriebsfähiges Gesicht machen, im entgegengesetzten Falle, bei freudigen Ereignissen, gratulieren und sich nach dem „Wohlbefinden“ erkundigen. Der Verkäufer muß, wenn die Kundin nach beendigem Kauf den Laden verläßt, mit derselben befreundet geworden sein, so daß sie zu dem „netten Menschen“ wiederkommt. Die „Freundschaft“ darf jedoch nicht andersart, man kann einer Kundin wohl auf die Schulter klopfen, aber nicht jeder; es kommt vor, daß es falsch angefohrt wird, und dann ist man die Kundin los. In jedem Falle ist es richtig, mit den vertraulichen Verührungen zurückzuhalten.“

Der Verfasser des Briefes wird vom „Konfektionär“ nicht genannt. Schade! Der Ehrenmann verdient, in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Der „Konfektionär“ erlaube uns, daß wir uns mit zwei Worten ebenfalls an der von ihm gewünschten Diskussion beteiligen. Diese Methode, die Kundenschaft zu überhöhlen, ist genial — das läßt sich nicht bestritten; wir vermuthen, daß der Herr, welcher sie empfiehlt, sie in seinem eigenen Geschäft erprobt und brauchbar gefunden hat. Aber sie ist nicht neu. Sie erinnert an die Anmerkungen, durch welche bis vor kurzem die Inhaber von „Damenneipen“ den Göttern durch ihre Kellnerinnen das Geld aus der Tasche zu locken mußten. „Menschenkenntnis“, etwas Schauspielerei, erliefte Theilnahme, rasche Anfreudung, eventuell sogar vertrauliche Verührungen, wo eine „falsche Auffassung“ nicht zu befürchten war, — das waren ja auch die Mittel, deren sich die Kellnerinnen bedienen mußten, um das Interesse ihres Chefs wahrzunehmen. In den Kellnerinnen-Versammlungen, welche vor zwei Jahren hier stattfanden, wurde von verschiedenen Kellnerinnen übereinstimmend behauptet, daß einzelne Wirthe ihr Personal sogar dazu angehalten hätten, sich in aller Form zu prostituieren. Vielleicht erleben wir es noch, daß auch von einem tüchtigen Verkäufer der Konfektionsbranche des Gleichen verlangt wird, wenn sich im Interesse des Chefs die Anwendung dieses äußersten Vermögens als wünschenswerth herausstellt. Die Prostitution ist ja zu allem fähig!

**Zum Vanschwindel.** Der Betrugssproh gegen die Kaufleute Wertheim, Guido Bövy und Ferdinand Fleme, der mit der Freisprechung der Angeklagten endete, ist äußerst lehrreich. Ein Mensch ohne jedes Vermögen wird zum Besitzer eines Grundstückskomplexes von seinem Bruder gemacht, der sich den Kaufpreis hypothekarisch sicher stellt. Ein Konsortium von Geldleuten, eine Bank selbst gewährt die Baugelder. Eine ganze Anzahl Handwerksmeister, die sich nicht denken, daß die reichen Geldmänner einem Habenichtes Gelegenheit geben werden, wenn sie selbst nur sicher gestellt sind, sich bei ihnen Kredit zu verschaffen, glauben im Vertrauen auf diese dem Bauherrn, der sich in der Person seines Bruders, eines Regierungsaffektors a. D., einen eigenen Generalbevollmächtigten hielt, doch Kredit bis zur Fertigstellung ihrer Arbeiten gewähren zu können, und da — klappt auf einmal die Falle zu. Die Geldmänner des „Bauherrn“ verlangen ihre Darlehen zurück, die Grundstücke werden subhastirt und fallen zu billigen Preisen den Gläubigern zu. Sie erleiden nicht nur keinen Schaden, sondern haben zu gutem Theil die Lieferungen und Leistungen der reingefallenen Handwerksmeister umsonst. Da mögen immerhin die Voraussetzungen des Betrugsparagrafen des Strafgesetzbuchs fehlen, aber eine ehrliche Handlungsweise ist auch etwas anderes. Geldmänner, die sich zu Hintermännern eines Habenichtes hinstellen, und so den Schein auch nur ermöglichen, es mit einem soliden (solid im Geschäftssinne) und solventen Unternehmer zu thun haben, haben jedenfalls die moralische (man verzeihe uns diesen Ausdruck gegenüber Finanzleuten) Verantwortlichkeit, wenn sie anders nicht mit den Schleppern der Bauverlänger auf eine Stufe gestellt sein wollen.

**Militärisches.** Ausschreitungen beging in der Nacht vom Sonntag zum Montag vor dem Hause Köpcke'sstraße 5a ein

Unteroffizier vom 10. Hannoverschen Pionier-Bataillon, welcher nach Berlin als Telegraphenschüler abkommandirt ist. Nachts gegen 11 1/2 Uhr stand der Vaterlandsverteidiger vor dem genannten Hause mit einem Mädchen. Als dasselbe die Hausthür geöffnet hatte, um seine Wohnung aufzusuchen, verlangte auch er Einlaß in das Haus. Der Portier F., welcher vor seinem im selben Hause befindlichen Zigarren-Geschäft stand, verwehrt ihm jedoch den Eintritt, da er ihn nicht kannte. Sofort fand sich der Unteroffizier beleidigt und drang mit den Worten: „Was, Du dumme Junge, hast Du mir zu sagen!“ auf den Hüter des Hauses mit seinem Säbel ein. Ein Herr aus dem sich sammelnden Publikum suchte den bedrohten Mann zu schützen und verfecht dessen kampfesmutigen Gegner einen Schlag auf den Arm, sodaß der Sabul auf den Mann slog und im Augenblick nicht wiederzufinden war. Der Revierwächter, ein bejahrter Mann, kam hinzu und wollte sich ins Mittel legen, erhielt aber von dem Wüthenden einen Schlag vor die Brust und in das Genick, daß er zurücktaumelte. Nun war seine Geduld sowohl wie die des Publikums zu Ende. Man nahm dem renitenten Unteroffizier in die Mitte und brachte ihn ohne Waffe nach der Wache in der Pionierkaserne. Auf der Wache angelangt, erwieis sich der erst so starke und brutale Herr als Mensch, der auch seine sentimentalen Stunden haben kann; er war sehr kleinlaut geworden und fing an, bitterliche Thränen zu vergießen. Nach einer Stunde wurde auch der verlorene Säbel auf der Polizeiwache abgeliefert. Von seiten des 58. Polizei-Regiments ist die Sache weiter gemeldet worden und hat der Portier F. bereits unter Zeugeneid über den Vorgang seine Aussage machen müssen.

**Ein Sommerfest,** veranstaltet von Parteigenossen des 8. Berliner Reichstags-Wahlkreises, findet am Montag, 10. Juli, in der „Neuen Welt“, Hofenhalde, statt.

**Platzmangel in Krankenhäusern** macht sich bezüglich der Kinderstationen seit einiger Zeit geltend. Dies ist die Folge der Zunahme von Krankheiten bei Kindern unter einem Jahre. In einem der größten Hospitäler müssen fast täglich 7—10 Kinder zurückgewiesen werden.

**Ueber eine gefährliche Landpartie** des Vereins der „Pantgrafen“ wird uns nachträglich vom Mittwoch gemeldet. Zur Begehung ihres 512. Stiftungsfestes hatten die Pantgrafen Brandenburgs zu Berlin am genannten Tage eine Dampferpartie nach Potsdam unternommen. Das Vergnügungskomitee der erwählten Vereinigung hatte u. a. auf dem Schiffe einen kleinen Wöller aufgestellt, aus welchem des Deisteren Salutschiffe abgefeuert wurden. So befand sich Nachmittags gegen 4 Uhr der Dampfer, der etwa 300 Personen an Bord hatte, in der Nähe der Plaueninsel, als er licht bei Moorale von einem kleinen schneller fahrenden Personendampfer überholt wurde. Wiederum donnerte der Salut vom Bord des Pantgrafen-Schiffes und Lärmschwenken und Hurrahruhen am Ufer bewiesen, wie erfreut man über diese ritterliche Huldigung war; nur ein Passagier des letzteren Dampfers glaubte in dem Salut eine Herausforderung zu sehen, er zog einen Taschenrevolver und feuerte denselben mehrere Male auf die Pantgrafen ab, wobei zwei Personen leichte Streichschüsse im Gesicht davontrugen. Sofort stoppten beide Schiffe und legten auf Plaueninsel an; der Kapitän des kleinen Dampfers ließ den Revolver schenken festnehmen, in dem durch einen Gendarmen ein Glasermeister aus Weissensee festgestellt wurde. Er behauptete, nur aus Ungeschicklichkeit den Unfall hervorgerufen zu haben, da er nur den Salut der Pantgrafen habe erwidern wollen. Die Wunden der beiden Verletzten Herren waren so unbedeutend, daß diese sich weiter an der Partie beteiligen konnten.

**Durch das Verschwinden eines Kindes** ist wiederum die Familie eines Schlächtermeisters getroffen worden. Der am 16. Januar 1882 geborene Sohn Heinrich des Waldensers, 42 wohnenden Schlächtermeisters Ulrich wurde am letzten Sonntag wegen einer Unart vom Vater geächtet und durfte auch am nächsten Tage an einem von seiner Schulkasse unternommenen Ausfluge nach dem Grunewald nicht theilnehmen. Das veranlaßte ihn, die elterliche Wohnung heimlich zu verlassen, um seinen Mitschülern zu folgen. Um 4 Uhr Nachmittags ist er denn auch auf der Eisenbahn-Haltestelle Grunewald gesehen worden und seitdem spurlos verschwunden. Was mit ihm vorgegangen ist, weiß man daher nicht. — Dagegen ist der am 24. v. M. als vermißt gemeldete Quintaner Marian Lufowitsch in Hamburg aufgegriffen und seinen Eltern, Neue Hochstraße 41, wieder zugeführt worden. Die schon damals hervor gehobene Vermuthung, der Knabe werde einen Seehafen aufsuchen, um zu den Indianern zu gelangen, hat sich sonach bestätigt.

**Bzüglich der beiden aufgefundenen Leichen** Lintow, Vater und Sohn, erfahren wir, daß beide einem Unglücksfalle zum Opfer gefallen sind. Herr Lintow hatte am Dienstag mit seinem jährigen Knaben einen Ausflug unternommen, war vermuthlich nach Spandau gefahren und von da aus zu Fuß nach Gatow gegangen, wo er sich im Kaiserparken ein Boot mietete. Wie der Unglücksfall entstanden, dürfte wohl niemals aufgeklärt werden. Um 9 1/2 Uhr Abends wurde das kleine Fahrzeug kielaufwärts treibend und bald darauf auch die Leiche des Hausbesizers Lintow durch einen Segler in der Nähe von Gatow, gegenüber der Schildhornhalbinsel aufgefunden und gelandet. In dem umgestürzten Seelenverkäufer wurden Mantel und Hut des Kindes entdeckt, die Leiche selbst ist erst am Mittwoch früh in der Nähe der mutmaßlichen Unfallstelle aufgefunden worden.

**Vergiftet hat sich** in der verwichenen Nacht die Dresdenerstraße 77 in Wohnung gemessene Frau Helene Laplace, geborene Marsch, die daselbst eine Spiegelfabrik betrieb. In einem hinterlassenen Schreiben theilt sie mit, daß sie einen dauernden Rückgang ihres Geschäftes zu verzeichnen habe und aus Verzweiflung zum Selbstmord geschritten sei.

**Angeschwemmt** und gelandet wurde Donnerstag Abend am Gartenufer in Charlottenburg die Leiche einer etwa 40 Jahre alten Frau, die den Tod im Wasser erst vor ganz kurzer Zeit gesucht haben konnte. Kurz nach der Auffindung wurde in der Todten die Ehefrau des Eisenbahn-Betriebssekretärs B. erkannt, die seit einiger Zeit dem Trübium verfallen war und erst am Donnerstag in diesem Zustande an der unteren Freiarche in die Fluthen gesprungen war.

**Achtung! Verloren** sind heute, Freitag, früh in der Gegend der Strelitzerstraße in einer Rolle von blaßgelbem Papier eingewickelte 100 M. Sammelbons der sozialdemokratischen Partei Berlin's. Auf der Rolle war mit Blausift geschrieben: „100 M. Graf“. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Rolle resp. die Bons abzugeben beim Vertrauensmann Wilhelm Marten, Adersstr. 44, Hof 2 Tr.

**Marktpreise in Berlin** am 6. Juli, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 16,80—16,40 M., mittlerer von 16,30—15,90 M., geringere von 15,80—15,40 M. Roggen per 100 Kg. guter von 14,60—14,40 M., mittlerer von 14,30—14,20 M., geringere von 14,10—14,00 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,00—16,00 M., mittlere von 15,90—15,00 M., geringe von 14,90—14,00 M. Hafer per 100 Kg. guter von 18,50—18,00 M., mittlerer von 17,90—17,50 M., geringere von 17,40—17,00 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von — M. Heu per 100 Kilogr. von — M. Erbsen, gelbe zum Kochen per 100 Kg. von 40,00—24,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Linsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 18,00—10,00 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,80—1,20 M. Bauchfleisch

per 1 Kg. von 1,80—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,60—1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,40—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 4,00—2,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,00—1,00 M. Aale von 2,80—1,00 M. Zander von 2,40—1,20 M. Hechte von 2,00—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,00—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,60 M. Krebse per 60 Stück von 12,00—2,00 M.

**Polizeibericht.** Am 6. d. Mts. Vormittags wurde im Spandauer Schiffsahrts-Kanal, an der Kielerbrücke, die Leiche eines Arbeiters und Abends im Landwehr-Kanal, bei der unteren Freiarche, die Leiche einer Frau angeschwemmt. — Auf dem Schloßplatz wurde Mittags ein Mädchen durch eine Droschke überfahren und am Kopfe so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach der Universitäts-Klinik erfolgen mußte. — Auf dem Boden des Hauses Soldinerstr. 27 wurde ein Arbeiter erhängt vorgefunden. — Ein neun Monate altes Mädchen erstickte in der Wohnung seiner Eltern Wäschingstr. 7 infolge Verschluckens eines Saugspießens. — Als vor dem Hause Belle-Alliancestraße 7 ein 13-jähriges Mädchen von einem Geschäftswagen steigen wollte, wurde das Pferd scheu und ging durch. Infolge dessen fiel das Mädchen zur Erde, gerieth unter die Räder und wurde am Kopfe, Arm und Unterleib bedeutend verletzt. — In ihrer Wohnung in der Dresdenerstraße vergiftete sich eine Frau mittels Cyanall. — Im Laufe des Tages fanden drei Brände statt.

## Theater.

**Das National-Theater** hatte vorgestern seinen besonders glücklichen Griff gethan, als es Grillparzer's „Anfänger“ mit Fräulein Schabelsky als Bertha in Szene setzte. Das überaus romantische Stück, für welches die heutige Welt kaum noch Verständnis besitzt, bietet für die Künstlerin nicht das richtige Feld, um ihr unzweifelhaftes Talent in der gebührenden Weise zur Geltung zu bringen. Fräulein von Schabelsky mußte das wohl selbst fühlen, denn bis zu der Sterbeszene am Lager des Vaters ließ ihr Spiel die nöthige Verve und Energie vermissen. Von da ab „erwärmte“ sich — soweit man bei der heutigen Temperatur überhaupt davon sprechen kann — das Publikum ganz entschieden für das Spiel. Ohne Frage würde Fräulein von Schabelsky im modernen Salonstück ganz andere Erfolge erzielen.

Von den übrigen mitwirkenden Künstlern ist nicht viel Gutes zu sagen.

## Gerichts-Beitrag.

Genosse Stadthagen hatte sich am 3. Juli vor dem Landgericht zu Torgau wegen vermeintlicher Verleumdung der Magdeburger Richter und Staatsanwälte zu verantworten. Stadthagen erhob den Einwand der Unzuständigkeit des Torgauer Gerichts. Allerdings habe das Oberlandesgericht zu Rumburg in durchaus irriger thatsächlicher und rechtlicher Auffassung sämtliche Richter in Magdeburg als Beleidigte behindert und sich für besugt erachtet, die Sache nicht seinem ordentlichen Richter, dem Landgericht in Berlin, sondern dem Torgauer Gericht zu überweisen. Der Anklage liege ein in Sachen Frische von ihm in seiner Pflicht als Verteidiger verfaßte Schrift zu Grunde. Das Oberlandesgericht zu Rumburg habe auch in anderen von ihm verfaßten Verteidigungs-Schriftsätzen die Möglichkeit des Vorhandenseins von Beleidigungen der Magdeburger Behörden erklart und diese Schriftsätze anderen Gerichten, z. B. Stendal und Berlin, überwiesen. So seien beispielsweise aus einer vor Berlin zu verhandelnden Sache drei Wege geschnitten. Hierdurch werde die Verteidigung erheblich erschwert und der Grundlag, daß niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe, offenbar verletzt. Das Torgauer Gericht möge die Befehrwidrigkeit durch einen Beschluß anerkennen, der die Unzuständigkeit des Torgauer Gerichts ausspreche. Der Staatsanwalt anerkannte, daß eine Verhandlung der zusammenhängenden Sachen vor einem Gericht zweckmäßig sein möchte. Nach Lage der Verhältnisse könne das Torgauer Gericht aber seine Unzuständigkeit nicht aussprechen, nachdem das Oberlandesgericht die Sache ihm überwiesen habe. Nach längerer Beratung beschloß das Gericht, in die materielle Verhandlung der Sache einzutreten. Zur Anklage steht ein Schriftsatz aus Sachen wider Frische, Stadthagen hebt hervor, wie schwer ihm die Verteidigung gemacht werde. Der Schriftsatz datirt von vor 11 Monaten: erst jetzt, nachdem die Anklagebehörde wohl wisse, daß er nicht mehr im Besitze seiner Habeakten, sei Anklage erhoben. Der Staatsanwalt verwahrt die Behörden vor einer etwaigen Unterstellung, daß sie in Absicht der Erschwerung der Verteidigung die Erhebung der Anklage verzögert haben. Die Akten ergäben, daß lediglich die Rücksicht auf die Abgeordnetenqualität des Angeklagten verzögert habe. Stadthagen repliziert, er habe Thatsachen hervor, welche Schlässe daraus zu ziehen, überlasse er aus naheliegenden Gründen dem Gerichte. Vor Eröffnung des Reichstages habe ja das Oberlandesgericht bereits seinen Beschluß gefaßt. Darüber zu befinden, ob ein Abgeordneter durch Einstellung des Verfahrens wider ihn in seiner Verteidigung behindert werde, stehe allein dem Reichstag zu; er müsse dabei verbleiben, daß in den vorliegenden Fällen durch die späte Erhebung und Trennung der Anklagen seine Verteidigung sehr erschwert sei. Zur Sache selbst beantragt er Beweishebung über alle im Schriftsatz aufgestellten Behauptungen. Er verwahre sich aber dagegen, als ob er damit auch nur Scheinbar die Möglichkeit anerkennen wollen, daß er als Verteidiger wegen der Ausübung seiner Pflicht bestraft werden dürfe. Der Staatsanwalt beantragte Ablehnung der Beweisbeanträge. Der Gerichtshof behielt einige Beweisbeanträge ab, beschloß aber Vertagung und Ladung von etwa zwölf aufgeführten Zeugen. Gleichzeitig bemerkt der Vorsitzende, daß die Zweckmäßigkeit einer Verbindung aller innerlich zusammenhängender Prozesse nicht zu verkennen sei und daß Angeklagter noch in der jetzigen Lage der Prozesse einen diesbezüglichen Antrag beim Reichsgericht zu stellen besugt sei.

**Schweidnitz.** 6. Juli. Vor dem hiesigen Schwurgerichte stand heute der frühere Bürgermeister Schrutke aus Friedland unter der Anklage, in seiner Eigenschaft als Kassenbeamter in Nimpfisch in der Zeit vom 1. April 1887 bis 1. April 1889 durch 81 selbständige Handlungen Gelder im Betrage von 5600 M. unterschlagene Bücher und Rechnungen unrichtig geführt und falsche Belege angefertigt zu haben. Das Schwurgericht verurtheilte Schrutke wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung zu zwei Jahren Gefängnis.

## Soziale Ueberfluth.

An die sozialdemokratischen Wähler des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises! Nachdem die Reichstagswahlen beendet sind, wollen wir ausß neue die Genossen zur und Organisation in unserem Wahlkreise auffordern. Die 46 336 abgegebenen Stimmen für unseren Kandidaten Mitgliederzahl des Wahlvereins in Betracht ziehen, so uns, als glauben die meisten Genossen ihre Schuldig



## Gerichts-Beilage.

**Gewerbegericht. Sitzung vom 5. Juli. Kammer I.**  
Einen originellen Verlauf nahm eine Verhandlung, in der es sich um die Herausgabe eines einbehaltenen Arbeitslohnes von 8,75 M. handelte. Der Inhaber einer größeren Schneiderei, Braun, hatte sich geweigert, dem Schneidermeister Hesh die betreffende Summe für die Anfertigung zweier Herrenbekleidungsstücke zu zahlen, weil angeblich eins derselben nicht brauchbar war und er sich so schadlos halten wollte. Hesh erhob deshalb Klage beim Gewerbegericht. Die fragliche Hese war für Braun selbst hergestellt worden, aber nicht in seinem Kuttiro als Privatperson, sondern als Geschäftsinhaber; er war gewissermaßen sein eigener Kunde, führte über diese Arbeit geschäftsmäßig Buch wie über jede andere. Nur aus diesem Grunde konnte das Gewerbegericht über den vorliegenden Streitfall überhaupt verhandeln, da es zur Ledigung von Streitigkeiten zwischen den direkten Verbrauchern und den Herstellern irgend welcher Gegenstände nicht zuständig ist. Die „Unausprechliche“ war zur Stelle. Um dem Gerichtshofe ihre Fehlerhaftigkeit recht plausibel zu machen, hat der Angeklagte darum, sie mal anzusehen zu dürfen. Das wurde ihm gestattet und er zog sich auf einige Minuten zur Vornahme dieser Prozedur in das Beratungszimmer zurück. Nach seinem Wiedererschinen auf der Bildfläche prüften zwei sachverständige Mitglieder des Gerichts, ein Schneidermeister und ein Schneidergehilfe, das eigentliche Streitobjekt ob seiner Verwendbarkeit. Sie begutachteten, daß eine Veränderung den thätigsten schlechten Sitz verschwinden machen könne. Verschiedene darauf sich stützende Vergleichsvorschläge des Vorliegenden fanden bei beiden Parteien nicht Gehör und mußte sich so der Gerichtshof in das Umkleide- — wollte sagen Beratungszimmer verfügen, um sich über ein Urtheil oder einen annehmbaren Vorschlag zur Güte einig zu werden. Letzterer wurde denn auch thätiglich gefunden und realisierte sich in folgender Vereinbarung der Herren Hesh und Braun: Der Beklagte deponirt 8,75 M. beim Gewerbegericht. Die Summe wird dem Kläger ausgehahlt, sobald er die Hese vorchriftsmäßig geändert und die sich dazu freiwillig erbotenen beiden sachverständigen Beisitzer begutachtet haben, daß die Hese sitzt. Der Kläger nimmt für den Fall, daß ihm die deponirten 8,75 M. gezahlt werden, die Klage zurück und erklärt sich ausdrücklich für verpflichtet, selbst wenn er nicht in der Lage sein sollte, die Hese vorchriftsmäßig herzustellen, dieselbe an den Beklagten heraus zu geben. Im letztgedachten Falle werden die Parteien nochmals Termin zur mündlichen Verhandlung beantragen. Bis Sonnabend 6 Uhr Abends ist die Hese fertig zu stellen und im Geschäft des Beklagten Braun, Schützenstr. 78, im Beisein der freiwilligen Sachverständigen anzuprobieren.

Der Kläger Klusch klagte von dem Schneider Zellmann rückständigen Lohn ein. Vom Gericht wurden ihm 20 Mark bedingungslos zuerkannt und 16,87 M. für den Fall, daß sein ehemaliger Meister nicht beschwört, ihm diese nicht mehr schuldig zu sein, wie er behauptet. Letzter der Meister den ihm vom Gericht zugesprochenen Eid, dann werde Kläger mit dieser Mehrforderung abgewiesen.

Die Kammer V beschäftigte zum zweiten Male eine Klage des Monteurs Nikolaus gegen die Aktiengesellschaft für Kohlen-Raubförderung. Der Kläger hatte im Auftrage der Gesellschaft zehn Wochen in Brennerhosen gearbeitet und bei der Abrechnung geglaubt, einige Forderungen stellen zu sollen, welche von der Arbeitgeberin nicht anerkannt wurden. Nikolaus berief sich im vorigen Termin auf den Direktor Schön, der mit in Brennerhosen war und krankheitsbedingt gerade während der Zeit der Abrechnung nicht im Geschäft sich befunden hatte. Zum Termin am 5. Juli erschien nun Schön. Das Sonderbare zeigte sich jetzt, daß dieser viel eher sich mit dem Kläger verständigte, wie der Buchhalter, welcher der vorletzten Verhandlung als Vertreter der Beklagten bewohnte. Es kam sehr bald ein Vergleich auf 190 M. zustande.

Sitzung vom 6. Juli. Kammer VII. Ein Kutscher, dem der Fuhrherr Witte den Lohn für neun Tage verweigert hatte, indem er ihn mit einem Trinkgeld von 8,50 M. abzuspeisen suchte, klagte auf Zahlung einer angemessenen Summe. Er gab an, von einem der Kutscher des Herrn Witte zu Kutscharbeiten engagirt worden zu sein und dieser Kutscher sagte unter Eid aus, daß dies im Auftrage des Beklagten geschehen sei, was derselbe bestritt. Beklagter wurde verurtheilt, 10,50 M. an den Kläger zu entrichten. Bei Abmessung des Betrages wurde in Betracht gezogen, daß der Kläger eine Schlafstube bei Herrn Witte während der Zeit seiner Thätigkeit für ihn innegehabt hat, wenn dieselbe auch nur der Hundeboden gewesen sei.

Der noch schulpflichtige Laufburche Semle klagte, vertreten durch seinen Vater, gegen den Kaufmann Kohn. Dieser hatte den Jungen mit dem Auftrage von Geschäftskontakten beschäftigt. Für das Hundert bekam er 20 Pfennige. Um eine Kontrolle über die gewissenhafte Vertheilung zu haben, beauftragte Kohn denselben, die Namen der Leute von den Thürschlüssen abzuschreiben, denen er ein Zirkular brachte. Beklagter that nun eines Tages seinen Laufburchen die Namen aus einem stillen Portier abschreiben sehen und ihn, nach seinen Ausführungen, in der Annahme entlassen, daß er auf diese Weise betrogen werde; die Zettel seien jedenfalls von dem Jungen nicht angetragen, sondern beseitigt worden. K. entließ ihn und behielt den Lohn für vier Tage im Gesamtbetrage von 1,60 Mark ein. Wie er erklärte, wollte er sich damit schadlos halten für die „jedenfalls“ weg-geworsenen Zirkulare. Semle junior sagte aus, er hätte nur deshalb die Namen vom stillen Portier abgeschrieben, damit er die Schreiberei nicht auf jedem Treppenspur hatte; von ihm seien keine Zirkulare fortgeworfen worden. Die Arbeit für die 40 Pfennig habe immer 4 Stunden gedauert. Der Beklagte wurde vom Gericht verurtheilt, 1,60 M. zu zahlen.

Kammer VIII. Die Arbeiterin D. verlangte vom Gericht die Verurtheilung ihres ehemaligen Chefs zur Zahlung einer 14 tägigen Lohnentschädigung von 24 M. Sie sei, so führte sie aus, entlassen worden, weil sie nach beendigter Arbeitszeit nicht den Arbeitsraum ausfügen wollte, eine Thätigkeit, die sonst in der Arbeitszeit vorgenommen worden sei. Ausschluß der Kündigung wäre beim Engagement nicht vereinbart. Der Geschäftsführer des Beklagten behauptete, daß keine Kündigung im Geschäft bestünde, das werde bei jedem Engagement betont; ob er es der Klägerin bei ihrer Annahme vor etwa einem Jahre gesagt, könne er nicht beschwören, wenn er auch annehme, daß es geschah. Auf jeden Fall habe aber die Klägerin vom Ausschluß der Kündigung gewußt, denn es sei eine Fabrikordnung da, von der sie, wenn dieselbe auch nicht im Saal der Arbeiterinnen ausgehängt, doch wohl Kenntniß genommen habe. Bei irgend welchen Nachträgen seien den Arbeiterinnen jedesmal gesagt worden, sie möchten sich ganz genau informieren. Der Beklagte wurde gemäß dem Klageantrage verurtheilt: Nicht erweisen sei, daß die Kündigung mündlich abgeschlossen wurde, und die Verurteilung auf die Arbeitsordnung wäre nicht maßgebend, weil dieselbe nicht mal im Arbeitsraum, in dem Klägerin thätig war, ausgehängt und sie noch weniger in Buchform den Arbeiterinnen ausgehändigt worden ist. — Der Sager Epple ist in der Buchdruckererei von

Haberland thätig gewesen, hat in einer Nacht bis 12 Uhr gearbeitet und wurde am andern Morgen, als er zur Arbeit kam, entlassen. Der Faktor hatte am Abend vorher die Entlassung vergessen, zu der er beauftragt war. Epple klagte nun auf Bezahlung des Tages, an dem er vergeblich zur Offizin kam; darüber waren sich die Parteien einig, daß Kündigung nicht bestand. Herr Haberland betonte, daß es ihm ja auf die paar Mark nicht ankomme, er wolle aber eine prinzipielle Entscheidung darüber veranlassen, ob ein Arbeitgeber nicht berechtigt sei, bei Ausschluß der gesetzlichen Kündigung den Arbeiter zu jeder Zeit im strengsten Wortsinne zu entlassen. Das Gericht verurtheilte ihn in der Annahme, daß der vereinbarte Ausschluß der Kündigung nicht die Bedeutung habe, der Arbeiter könne jede Minute entlassen und brauche nur bis zur selben Minute bezahlt werden. Es sei angenommen worden, daß die Einheit der Arbeitszeit für Wochen- und Tagelohnarbeiter ein Tag sei und daß deshalb, wenn der Arbeitgeber nicht mehr bezahlen will, am Abend des letzten Arbeitstages die Entlassung ausgesprochen werden müsse, insofern nicht eine ganz genaue Vereinbarung dahin getroffen ist, daß die Aufgabe der Arbeit und die Entlassung aus der Arbeit jede Minute erfolgen könne.

Als ein höchst gemeingefährlicher Mensch wurde der Arbeiter Edward Dehlstrom bezeichnet, der gestern der dritten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde. Zu den vielen Vorstrafen des Angeklagten gehört auch eine vierjährige Zuchthausstrafe, die ihm vom Militärgericht auferlegt wurde. Er hatte einen Unteroffizier dermaßen gegen den Unterleib getreten, daß derselbe verstarb. Zur Zeit der einlaufenden Nachzüge werden die Bahnhöfe häufig durch Personen unsicher gemacht, die ihre Opfer unter den jungen Mädchen suchen, welche ohne Begleitung eintreffen und hier einen Dienst suchen wollen. Die erwähnten Personen drängen sich an die Unerfahrenen heran, erbiten sich, die Sachen zu tragen und die Reisende in ein solches und billiges Logis zu bringen. Geht eine Fremde in die ihr gelegte Falle, so wird sie an einen Ort gebracht, wo sie den größten Versuchungen ausgesetzt ist und zumeist unterliegt. Der Angeklagte steht auch im Verdachte, daß er dies unsaubere Gewerbe betreibt. In einer Juninacht wurde der Angeklagte von einem Schuhmann betroffen, als er soeben mit einem jungen Mädchen, das mit dem Nachzuge auf dem Steinerer Bahnhofe eingetroffen war, davongehen wollte. Der Beamte nahm Veranlassung, die Fremde zu warnen und ihr anzudeuten, was ihr bevorstehe, wenn sie ihrem Führer folge. Dem Angeklagten entging dadurch das bereits gefangene Opfer, worüber er so böse wurde, daß er sich in groben Verdächtigungen und Beschimpfungen gegen den Schuhmann erging.

Der Gerichtshof verurtheilte ihn mit Rücksicht auf die erschwerenden Nebenumstände wegen Beamteneubeldigung zu neun Monaten Gefängnis.

Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz hatte sich gestern der Bauerngutsbesitzer Julius Diehler aus Seratowa bei Sonnenburg vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte hat sich bei Uebernahme des Postes verpflichtet, der Vorbesitzerin, einer Witwe Schimmelpennig, jährlich im Herbst 30 Pfund Rindfleisch zu liefern. Im Herbst 1891 kam er dieser Verpflichtung nicht nach und als die Schimmelpennig das Fleisch forderte, erklärte der Angeklagte, daß sie es zu holen habe, er habe nicht nötig, es zu schicken. Es kam zu einem Prozeß, der auf beiden Seiten mit der Hartnäckigkeit märkischer Landleute geführt wurde. Nach Jahresfrist gelangte der Prozeß zum Abschluß. Diehler unterlag, denn das Landgericht zu Küstern entschied, daß er das Fleisch zu schicken habe.

Als die Streitfrage begann, hatte Diehler das Fleisch so lange an bewahrt, bis es anfang, einen ählichen Geruch zu verbreiten. Dann hatte er es eingepökelt und in seine Räucher-kammer gebracht. Hier hing es während der Dauer des Prozesses. Als die Entscheidung erfolgt war, schickte Diehler dasselbe Fleisch seiner Geringerin. Es war eine überriechende, schwarze Masse, welche von dem Thierarzt als durchaus ungenießbar bezeichnet wurde. Der Medizinalrath Dr. Long begutachtete im Termine, daß der Geruch des Fleisches zweifellos Krankheitserscheinungen herbeizuführen würde.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 14 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf eine Woche Gefängnis.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begannen gestern die Verhandlungen gegen den Wüthcher Bruno Werthold Schulz, welcher einer ganzen Reihe schwerer Raubthaten, die in der Gegend des Spandauer Bods ausgeführt worden sind, beschuldigt wird. Am 25. September v. J. ist, wie noch erinnert sein wird, die 32 Jahre alte Franziska Lowinska auf einem Feldwege unweit der Spandauer Bergbrauerei rechts an der Chaussee, die von Charlottenburg nach Spandau führt, ermordet aufgefunden worden. Die Nachforschungen der Charlottenburger und der Berliner Kriminalpolizei waren längere Zeit erfolglos, bis sich der Verdacht der Thäterschaft auf den 32 Jahre alten Angeklagten, welcher in einer Brauerei als Wüthcher beschäftigt war und bis dahin hier am Weinbergsweg mit seiner Ehefrau anscheinend in den geordnetsten Verhältnissen lebte. Schulz wurde am 11. Oktober v. J. unter dem Verdacht des Mordes zur Haft gebracht, der Verdacht nach dieser Richtung hin wurde nicht in vollem Umfange erörtert, die gegen Schulz geführte Untersuchung hat aber schließlich die jetzt verhandelte Anklage zeitigt. Schulz wird beschuldigt, die Verabreichung von Trinken systematisch betrieben und dabei ungewöhnliche Nothheit und Ueberlegung bewiesen zu haben. Er ist von vielen Dingen, welche die Opfer derartiger Ueberfälle geworden sind, wieder erlöst worden. — Den Vorsth im Gerichtshof führt Landgerichts-Direktor Warz, die Anklage vertritt Staatsanwalt Rohde, die Vertheidigung führt Rechtsanwalt Morris. Da es sich um ein Sittendrama handelt, bei welchem Personen, die auf niedrigstem moralischen Standpunkte stehen, handelnd auftreten, so wurde noch vor Verlesung des Anklagebesehusses die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Dem Angeklagten wird dem Vernehmen nach vorgeworfen, in drei Fällen Dingen gewaltsam fremde bewegliche Sachen weggenommen zu haben und zwar in einem Falle, indem die Lowinska durch die gegen sie verübte Gewalt das Leben eingebüßt hat. Ferner werden dem Angeklagten eine Handlung der Nothzucht, eine Handlung der verübten Nothzucht und 3 Handlungen des Diebstahls zur Last gelegt. Es sind ca. 80 Zeugen und Sachverständige geladen, die Verhandlung wird erst am Sonnabend zu Ende gehen.

Eine Anklage wegen Münzverbrechens, welche gestern das Schwurgericht des Landgerichts I beschäftigte, hat wegen des geistigen Zustandes eines Angeklagten ungewöhnliche Schwierigkeiten. Die Anklage richtet sich gegen den Maler Hermann Wehner, den Kommissar Max Karapla und die Schlosser Fette und Seimert. In der Gegend des Viehhofes tauchten gegen Ende des vorigen Jahres verschiedene falsche Ein- und Zweimarkstücke auf, den Vermuthungen der Polizei gelang es aber erst, am 16. Dezember den dritten Angeklagten in

dem Augenblick fest zu nehmen, als er ein falsches Zweimarkstück an den Mann bringen wollte. Die weiteren Recherchen haben dann zur Verhaftung der vier Angeklagten geführt, welche ein Falschmünzerkonfessionarium bildeten. Wehner, welcher einer anständigen Familie angehört, war früher ein fleißiger und ruhiger Arbeiter, der seine eigene Familie ehrlich ernährte. Er hat sich aber mehr und mehr dem Trunke ergeben und ist infolge dessen immer mehr zurückgekommen, da der Fasel seine Willenskraft und Arbeitslust je länger desto deutlicher beeinträchtigte. Seine geistige Beschaffenheit wurde mit der Zeit derartig, daß man genöthigt war, ihn zu entmündigen und in die städtische Irrenanstalt zu Daldorf zu bringen. Von dort ist er schließlich als gesund entlassen worden. In seinem Unglück kam er mit dem Kommissar Max Karapla in Verbindung, welcher ein äußerst gewandter Mensch ist und den Wehner bald als gefügiges Werkzeug in seinen Händen hatte. Letzterer war nach längerer Abwesenheit hierher zurückgekehrt kam hier in Ruhe die nöthigen technischen Vorbereitungen zur Anfertigung falschen Geldes zu machen. Er hatte nämlich den Plan, in Amerika falsche Dollarkstücke anzufertigen und gewann den nach seiner Entlassung aus dem Irrenhause arbeitslosen Wehner leicht für die Idee, ihn nach Amerika zu begleiten und dort durch Münzfälschung Reichthümer zu erwerben. Um die Mittel zur Reise nach Amerika zu erlangen, ließ sich Wehner überreden, hier an Ort und Stelle falsche Ein- und Zweimarkstücke anzufertigen. Er richtete die „Fabrik“ in seiner Wohnung ein, bereitete sich zunächst eine Gipsform der betreffenden Geldstücke und stellte durch eine Zinnlösung ziemlich schlechte Nachahmungen her. Der Kommissar Karapla entwickelte in dieser ganzen Sache eine besondere Schlaubeit. Als Wehner die Fälscherkammer im Geuge hatte, wandte sich K. an dessen Vater und theilte ihm mit, daß sein Sohn schlechte Sachen bringe, die ihn sicherlich ins Gefängnis oder ins Zuchthaus bringen müßten. Um ihn davon zu bewahren, erklärte sich K. bereit, den Sohn mit nach Amerika zu nehmen, falls der Vater die nöthigen Reisekosten aufbringen würde. Er hatte aber mit diesem Angebot kein Glück und die Dinge entwickelten sich bis zur Verhaftung der Angeklagten. Im gestrigen Termin zeigte Wehner eine Haltung, die Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit aufkommen ließ. Der Vorstehende Landgerichtsrath Kollmann hatte seine liebe Noth mit ihm und es bedurfte der ganzen Ruhe desselben, um die mehr als „päpigen“ Fragen und Antworten, mit denen dieser Angeklagte bei seinem Verhör aufwartete, ohne Erregung hinzunehmen. Hier ein Beispiel: Präsi.: Sie haben doch gewußt, daß Sie die Hand zu einem Verbrechen reichten, als Sie das falsche Geld anfertigten? — Angekl.: Ja, Gedröbe ja und ja, nicht uff die Anklagebank. — Präsi.: Nun, Sie sind doch anscheinend ganz gut bei Verstande. Geben Sie den Inhalt der Anklage zu, wie ich Ihnen denselben vorgetragen habe? — Angekl.: Sie wissen ja allens besser, wie ich selber. Was soll ich dazu noch sagen? Wo haben Sie das allens her? — Präsi.: Ich kenne natürlich den Thatbestand aus den Akten, aber die Herren Geschworenen müßten auch die Vorgänge erfahren. — Angekl.: Na denn erzählen Sie's ihnen doch, ich habe nicht dagegen! — Präsi.: Sie wollen also wohl Ihre Schuld bestreiten? — Angekl.: Ja wiederholte, daß ich nicht hierher gehöre, sondern die Leute, die mir verurtheilt gemacht haben. — Präsi.: Hören Sie, Wehner, Sie sind offenbar nicht so geistesgestört, wie Sie sich stellen wollen. Sie sind ja als gesund aus der Irrenanstalt entlassen worden! — Angekl.: So? Wehner! Das man mir denn erst dahin gebracht, weshalb hat man mir denn entmündigt? Dadurch bin ich arbeitslos geworden, denn wer aus Daldorf kommt und entmündigt wird, findet nirgend mehr Arbeit. — Präsi.: Das geschah nur, weil Sie sich dem Trunke zu sehr ergeben hatten. — Angekl.: Wenn jeder Arbeiter, der einen über den Durscht trinkt, entmündigt werden sollte, denn möchte ich mal das Heer von Arbeitslosen sehen. — In dieser Weise und oft noch mit viel schärferen Ausdrücken führte Wehner seine Vertheidigung. Der Gerichtshof hielt es für geboten, über den Geisteszustand des Angeklagten den Hausarzt der Beobachtungssituation für geisteskranken Verbrecher, Dr. Poppmann, die Gerichtsphysici Sanitätsrath Dr. Mittenzweig und Dr. Strahmann und den Dr. Vogelgefang von der Daldorfer Kustalt zu vernehmen. Die Ueberzeugung der Sachverständigen ging dahin, daß infolge des Trunkes der Geisteszustand des Angeklagten zwar nicht ganz normal geblieben sei, eine krankhafte Störung der Geistesthätigkeit im Sinne des § 51 St.-G.-B. aber nicht vorliege. Die Geschworenen sprachen deshalb sämmtliche Angeklagte unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig. Der Gerichtshof verurtheilte Wehner zu zwei Jahren, Karapla zu zwei Jahren sechs Monaten, Fette zu einem Jahr und Seimert zu neun Monaten Gefängnis.

## Soziale Uebersicht.

**Achtung! Töpler.** Auf dem Bau des Töplermeisters D. Weber, Gölzholzstr. 12, Schöneberg, sind sämmtliche Kollegen entlassen, weil sie sich weigerten eine Fuhrre Nachzahlung abzuladen, da sie im Voraus wußten, daß die Arbeit nicht bezahlt wird.

### An die Vergolder Berlins!

Kollegen! Trotz unserer traurigen Lage, die wohl ein jeder von unseren Kollegen kennt, steht immer noch eine große Anzahl der Organisation fern. In unserer Branche herrschen so traurige Zustände, wie kaum in einem anderen Gewerbe. Meist 10—12 M. Lohn pro Woche bei der angestrengtesten Arbeitsleistung in gesundheitschädlichen Werkstätten: das sind die Verhältnisse, unter denen wir existieren. Um derartige Zustände zu beseitigen, bedarf es des Anschlusses an den Verband der Vergolder Deutschlands. Am Montag, den 10. Juli, Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, findet bei Scheffer Inselstraße 10 eine öffentliche Versammlung statt. Kollegen und Kolleginnen! erscheint zahlreich in dieser Versammlung.

Die Agitations-Kommission.  
J. A. O. Jada.

**An die Mitglieder der Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verw. Geschäftszweige. (G. S.)**  
Da mit dem 1. Juli er. das neue Statut der Kasse in Kraft getreten ist, nach welchem die Beitrags- und Unterstützungsätze, sowie verschiedene andere Bestimmungen bedeutende Veränderungen erfahren haben, so werden die Mitglieder besonders aufmerksam gemacht, ihre neuen Statuten genau durchzulesen und die einzelnen Bestimmungen — wie Anzeigen von Wohnungswechsel, Adressen der Arbeitgeber u. s. w. — genau zu befolgen, damit den Kassieren ihre bedeutend erschwerte Arbeit nach Möglichkeit erleichtert wird und die Mitglieder vor Unannehmlichkeiten bewahrt bleiben. Die nächste Hauptversammlung der Kasse findet am Sonnabend, den 22. Juli, Abends 8<sup>1/2</sup> Uhr, in der Beuthstraße 21 statt und erlauben wir die Mitglieder, recht zahlreich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

